Erscheint wochentags morgens.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Einzelnummer 120 Milliarden Mk.

Bezugspreise: In Bochum und Umgegend für die Zeit vom 23. Juni bis 5. Juli 1,2 Bill.-Mk. (im voraus zahlbar) ins Haus geliefert; durch die Post für den Monat Juni 2,4 Bill.-Mk., Bestellgeld besonders. — Für unverlangte Einsendungen hatte die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion von 11—12 Uhr vorm. und von 4—5 Uhr nachm. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 27 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Orts- u. Nachbarorts-Verkehr 7 Goldpfg., Familienanzeigen u. Stellengesuche 5 Goldpfg., auswärts 10 Goldpfg., Bank- u. Finanzanzeigen 12 Goldpfg.; die 77 mm breite Reklamezeile in 1 mm Höhe 35 Goldpfg. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 6 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Nr. 80. Freitag, den 27. Juni 1924. 96. Jahrgang.

Keine direkten Verhandlungen über die Micum-Verträge.

Wie die Tel.-Union erfährt, hat der deutsche Geschäftsträger in Paris in Abwesenheit des Botschafters von Hoesch das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten aufgesucht und den Beginn der in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Micumverträge von Regierung zu Regierung angeregt, da der französische Ministerpräsident Herriot von seiner Londoner Reise zurückgekehrt sei. Die französische Regierung hat jedoch daraufhin die direkten Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt, daß die Verhandlungen von der Micum geführt werden sollen.

Die Verhandlungen werden nunmehr am Sonnabend zwischen der Sechser-Kommission und der Micum geführt werden.

*

Die „Zeit" sagt zu dem Beschlusse der französischen Regierung: Es wird Enttäuschung in Deutschland hervorrufen, daß die französische Regierung in der Angelegenheit der Micum-Verträge eine solche Haltung einnimmt. Wie es scheint, ist die französische Weigerung auf die optimistische Auffassung zurückzuführen, daß die Durchführung des Gutachtens doch in aller Kürze erfolgen werde.

Zurücknahme weiterer Ausweisungen.

Koblenz, 26. Juni. Havas meldet, auf Vorschlag des französischen Oberkommissars habe die Rheinlandkommission in einer Sitzung vom 26. d. M. beschlossen, die Ausweisungsbeschlüsse, welche sie getroffen hat, zu annullieren. 7400 Personen hätten in der französischen Zone die Berechtigung erhalten, in das besetzte Gebiet zurückzukehren. Eine Liste der Personen, denen die Maßnahmen zugute kommen, werde unverzüglich an die verschiedenen Delegierten der Oberkommission gesandt werden, um zur Kenntnis der in Betracht kommenden deutschen Behörden gebracht zu werden. Diese Liste bildet die Fortsetzung der bereits vorher getroffenen Maßnahme, welche sich auf 7400 bezw. mit Familienangehörigen auf 30 000 Personen bezog, d. h. insgesamt 60 000 Personen bis heute. Aehnliche Maßnahmen seien auf Vorschlag des belgischen Oberkommissars für die belgische Zone getroffen worden. Neue Annullierungen von Ausweisungen seien in Vorbereitung und würden binnen kurzem beschlossen werden, nachdem die einzelnen Fälle einer Prüfung unterzogen worden seien.

Der Kanzler nochmals über die Rüstungsgerüchte.

TU. **Berlin**, 26. Juni. In einer halbamtlichen Erklärung heißt es: „Der Reichskanzler hat in einem Interview, das er vor einigen Tagen dem Vertreter des Reuterbüros gewährt hat, davon gesprochen, mit welchen Verleumdungen und Entstellungen in einem gewissen Teile der Auslandspresse der Propagandafeldzug wegen angeblicher deutscher Rüstungen geführt wird. Ein weiters Beispiel für diese Entstellungen bildet die Art, wie die „Daily Mail" dieses Interview kommentiert. Sie behauptet nämlich, der Reichskanzler habe nicht General Nollet widerlegt, sondern durch seine Mitteilungen über den „Verwaltungskörper" von 150 000 Mann im Gegenteil die Angaben des Generals Nollet bestätigt. Er habe damit zugegeben, daß ein geheimes deutsches Heer bestehe. Tatsächlich ergibt der Zusammenhang vollkommen einwandfrei, daß der Reichskanzler mit dem Verwaltungskörper die deutsche Polizei gemeint hat, deren Vorhandensein ständiger Gegenstand eingehender Kontrolle durch die Militärkontrollkommission gewesen ist."

Deutschnationaler Schritt beim Reichskanzler.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion an den Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, Vertreter der Fraktion im Beisein des Ministers des Aeußern zu empfangen. Der Empfang ist auf heute vormittag angesetzt worden. Die Fraktion will noch vor der Entscheidung über die Militärkontrolle in Verbindung mit der weiteren Frage der Räumung des besetzten Gebiets und der von Frankreich verlangten Sicherheiten ihre schweren Bedenken über diese Fragen vorbringen.

Die Regierung gegen militärische Veranstaltungen.

Wie wir hören, plant die Reichsregierung eine Verordnung, die sich gegen die Veranstaltung öffentlicher Feierlichkeiten oder Kundgebungen mit militärischem Charakter richtet. Nationale Veranstaltungen sollen in keiner Weise behindert werden. Die beabsichtigte Verordnung würde sich lediglich dagegen richten, daß militärische Uniformen und Abzeichen von unberufener Seite zur Schau getragen werden. Der Zweck der in Aussicht genommenen Maßnahmen bestehen darin, unliebsame Erscheinungen wie Zusammenstöße mit Andersdenkenden zu verhindern.

Anträge der Deutschen Volkspartei.

In der Steuerbelastung einheitliche Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes im Reich, in den Ländern und Gemeinden, verlangt ein Antrag der Deutschen Volkspartei; ferner daß der schwer in seiner Existenz bedrohte Weinbau durch ausreichende Zölle auf ausländische Weine und durch entsprechenden Steuernachlaß bezw. zinslose Steuerpfändung geschützt werde.

Vertrauenskundgebung für Herriot.

Der französische Ministerpräsident über seine Besprechungen in London und Brüssel.

Erklärungen in Kammer und Senat.

TU. **Paris**, 26. Juni. Herriot hat heute nachmittag im Senat und in der Kammer Erklärungen über seine Besprechungen in London und Brüssel, die mit Spannung erwartet wurden, abgegeben.

Herriot äußerte sich, wie dies nicht anders zu erwarten war, ziemlich zurückhaltend. Im Senat ergriff er das Wort auf eine Anfrage des Präsidenten des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Er sagte, die Reise nach London habe er wegen der Ausführung des Sachverständigenberichtes unternommen. Was die militärische Okkupation an der Ruhr anbelange, so sei zu keinem Augenblick die Rede davon gewesen, daß die französische Regierung sich ihrer Entschließungsfreiheit begebe. Macdonald wiederholte die Versicherung, daß wenn Deutschland sich den im Sachverständigengutachten angegebenen Verpflichtungen entziehen würde, Großbritannien an die Seite der Verbündeten trete.

Herriot fuhr fort:

Unsere Aussprache mußte sich selbstverständlich auch auf die Notwendigkeit beziehen, die Sicherheit Frankreichs wahrzunehmen. Ich konnte in keine Verminderung der Garantien einwilligen, die die Verpflichtungen uns zusichern. Was die der franco-belgischen Regie unterstellten Gebiete betrifft, so werden die Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Sicherung von militärischen Sachverständigen geprüft werden. (Lebhafte Bewegung.) Deutschland muß, damit Europa wieder in Frieden aufatmen kann, entwaffnet werden. (Beifall.) Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen. Ich habe die Ueberzeugung gewinnen können, daß in dieser Beziehung die Auffassung Macdonalds sich absolut mit der meinigen deckt. Themis und Hymans sind von unseren Besprechungen ausführlich unterrichtet worden. Sie haben erklärt, daß sie mit uns völlig übereinstimmen. In keinem Augenblick hat es über diese Punkte auch nur die geringsten Schwierigkeiten gegeben. Der Augenblick wäre für die deutsche Regierung schlecht gewählt, nach neuen Verhandlungsmodalitäten zu suchen. Ihr Interesse besteht darin, so schnell wie möglich die zur Durchführung des Sachverständigenplanes nötigen Maßnahmen zu ergreifen. (Beifall.)

Dieser Plan setzt den Zusammentritt einer Konferenz voraus. Ramsay Macdonald wünscht, daß sie in London stattfinde, und wir haben uns damit einverstanden erklärt. England wünscht, daß Deutschland sich durch Verpflichtungen binde. Ich habe sämtliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, damit diese Verpflichtungen nicht gegen den Versailler Vertrag verstoßen. Ich habe es für richtig befunden, die Frage der interalliierten Schulden aufzuwerfen. Macdonald erklärte sich bereit, sie unverzüglich zur Sprache zu bringen. Ich habe auf die ungünstige Lage hingewiesen, in der sich Frankreich befinden würde, wenn es in diesem Punkte nicht eine angemessene Regelung erlangt.

Herriot sagte zum Schluß: Wir haben erklärt, daß an dem Tage, an dem Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nachgekommen ist, es von ihm abhängen wird, in den Völkerbund einzutreten. Wir haben uns dahin verständigt, daß, wenn Deutschland loyal ist, es nicht beunruhigt werden soll; ist es nicht loyal, so wird es nicht geschont werden. Lebh. Beifall.)

Der Senat sprach Herriot mit 397 gegen 97 Stimmen das Vertrauen aus, obwohl sich der größte Teil der Rechten der Stimme enthielt.

eca. **Paris**, 26. Juni. Im Verlaufe der heutigen Kammersitzung stellte der Kommunist Cachin den Antrag, die Anfrage des Herrn Klotz in eine Interpellation umzuwandeln, um auf diese Weise die Aussprache in eine Interpellationsdebatte auszubauen.

Herriot stellte hiergegen die Vertrauensfrage, und der Antrag Cachin wurde daraufhin mit 397 gegen 27 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Unterredung Herriots mit dem Pariser englischen Botschafter.

Herriot hat den englischen Botschafter Lord Crewe empfangen und mit ihm eine längere Aussprache gehabt.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" glaubt zu wissen, daß Herriot den englischen Botschafter dringend ersuchte, Macdonald sofort um Aufschlüsse hinsichtlich des Unterschiedes zu bitten, der zwischen den englischen und französischen Berichten, die als Ergebnis der Besprechungen in Chequers veröffentlicht wurden, besteht. Namentlich lege Herriot Wert darauf, die genauere Bedeutung zu erfahren, die Macdonald dem Ausdrucke „Moralischer Vertrag ständiger Zusammenarbeit, zumesse. Herriot betonte gegenüber dem englischen Botschafter, daß die Verschiedenheit der beiden Texte in Pariser politischen Kreisen großes Unbehagen auslöse und ihm viel daran liege, rasch eine Antwort aus London zu erhalten.

Im Verlaufe eines Pariser Ministerrates wurde die Verschiedenheit der Texte der beiden Berichte zur Sprache gebracht. Zu dem Umstande, daß Macdonald Herriot durch ein Telegramm nach Brüssel ersuchte, die Besprechungen in Chequers geheim zu halten, machte Herriot dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail" geltend, daß seine Angaben betreffend diese Besprechungen der Form und dem Inhalt nach durchaus richtig wären. Herriot fügte hinzu, er habe sich in Brüssel über die in Chequers abgehaltene Besprechung nur ausgelassen, weil der britische Premierminister seinerseits im Unterhause mehr sagte, als der offizielle Bericht andeutet. Daß zwischen dem französischen und englischen Standpunkt noch beträchtliche Differenzen bestehen, zeigte sich erst nach dem Besuche Herriots in Brüssel.

Der Mitarbeiter der „Daily Mail" macht weiter Angaben über den Plan Herriots zur Lösung der Reparations- und Sicherheitsfrage und stellt fest, daß Herriot angesichts der Widerstände, auf die er bei Macdonald und in Brüssel gestoßen sei, sich davon Rechenschaft ablegte, daß vor einem erfolgreichen Zustandekommen der Londoner Konferenz im Juli ein weiterer Meinungsaustausch zwischen England und Belgien erfolgen müsse. In Paris herrscht dagegen, wie das Blatt noch meldet, die Auffassung vor, daß die für Juli geplante Konferenz aus oben erwähnten Gründen auf später vertagt werden müsse.

Eine amtliche britische Richtigstellung.

Wie dem „Matin" aus London mitgeteilt wird, hat das Foreign office in formeller Weise die von der „Independence Belge veröffentlichte Erklärung Herriots dementiert, wonach er die Zusage erlangt habe, daß für den Fall eines planmäßigen deutschen Angriffs ein Defensivvertrag zwischen Frankreich, Belgien und England beschlossen wurde.

Im Foreign office wird erklärt, daß es sich um eine falsche Interpretation der Absichten des englischen Premierministers handele und Ramsay Macdonald lediglich die mündliche Erklärung abgegeben habe, wenn Deutschland nach Erteilung des Versprechens, an der Ausführung des Sachverständigenplanes mitzuarbeiten, sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen würde, die Alliierten Maßnahmen ergreifen würden, um das Reich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Im Foreign office wird weiter gesagt, daß diese Erklärung des englischen Ministers keinerlei Anspielung auf militärische Maßnahmen enthalte.

Dazu bemerkt der „Matin", daß die Beamten des Foreign office vielleicht mit der Veröffentlichung der oben erwähnten Richtigstellung sich zu weit vorgewagt hätten. Man müsse annehmen, daß das englische Foreign office noch nicht in alle Einzelheiten der in Chequers stattgefundenen Besprechungen von Ramsay Macdonald, der zurzeit von London abwesend ist, eingeweiht worden sei.

Der amerikanische Botschafter als Beobachter.

TU. **Paris**, 26. Juni. Dem „Matin" wird aus London gemeldet, daß nach einem Telegramm aus Washington Präsident Coolidge den Londoner amerikanischen Botschafter, den Obersten Logan, gebeten habe, der Konferenz, die am 16. Juli in London stattfinden soll, als Beobachter beizuwohnen. In amerikanischen Kreisen erregt diese Nachricht großes Interesse, und man hält es für sehr wahrscheinlich, daß der Beobachter mit ausgedehnteren Vollmachten betraut sein wird, als offiziösen Beobachtern bisher eingeräumt worden waren.

Keine Reise des Reichskanzlers nach Paris.

TU. **Berlin**, 26. Juni. Nach einer von einer französischen Agentur verbreiteten Berliner Depesche soll der Reichskanzler Marx die Absicht haben, sich am 8. Juli persönlich nach Paris zu begeben, um die schwebenden politischen Besprechungen zu beschleunigen. Wie der Telegraphen-Union von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Nachricht völlig aus der Luft gegriffen.

Deutschland und der Völkerbund.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in Paris oder London davon gesprochen wird, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten wird. An diese Bemerkungen schließen sich dann gewöhnlich Vermutungen über den baldigen Antrag Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. In Berlin beurteilt man die Angelegenheit wesentlich ruhiger. Im Vordergrund des deutschen Interesses steht augenblicklich vor allem die Militärkontrolle und die Abrüstungsfrage, die ihrer Lösung harren. Denn selbst nach Annahme der Kontrolle müßte man sich über die Methoden der Durchführung der Kontrolle einigen, daDeutschland darauf bestehen wird, daß sein Ansehen unter der Art der Durchführung den anderen Völkern gegenüber nichts leidet. Aber auch wenn diese wichtigen Fragen erledigt sind, wird die deutsche Regierung nicht in der Lage sein, vor Erhalt gewisser Garantien das Gesuch um Aufnahme an den Völkerbund zu richten. Es bestehen auch insofern Schwierigkeiten, als im Augenblick kein Sitz im Völkerbundsrat frei ist, sodaß zuerst einmal die Statuten geändert werden müßten.

Persönlichkeit und Masse.

Ernst Horneffer, der bedeutende Gießener Philosoph, der uns so manches hervorragende Werk geschenkt hat, behandelt in einem Buche „Die große Wende", in dem er psychologische Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit anstellt, auch die Frage: Persönlichkeit und Masse. Es lohnt sich, aus dem sehr lesenswerten Werk etwas herzusetzen, denn von der richtigen Beurteilung dieser beiden Mächte im Volksleben hängt geradezu alles ab.

Das Talent und das Genie, die wahren Einzelpersönlichkeiten, bilden, sagt Horneffer, gegenüber der Masse ein selbständiges und unentbehrliches Glied mit eigenem Schwergewicht und eigener Bestimmung, Bedeutung und Kraft für die soziale Gemeinschaft. Ein selbständiges Glied, das der Masse das Gleichgewicht halten muß, sodaß ein Einzelner Tausende, Zehntausende, ja Millionen Massenmenschen aufwiegt. Die Einzelpersönlichkeit, d. h. das Talent oder Genie, in die Masse hineinzuziehen, ihr die Bewegungsfreiheit, die eigene, freie Initiative und den eigenen Unternehmungswillen rauben, anschneiden, heißt diesoziale Gemeinschaft zerstören. Die Einzelpersönlichkeit ist ein schlechthin integrierender, unentbehrlicher Bestandteil, ist ein tragender Grund- und Eckstein im sozialen Gebäude, und man darf die Bedeutung und Originalität des Einzelgeistes, wie es häufig geschieht, nicht dadurch entwerten, daß man diesen selbständigen, einzelnen mit allen seinen Ideen und Kräften aus der Masse der Allgemeinheit ableitet, die also doch die letzte erzeugende Kraft sei.

Das alles muß man im Auge haben, um für die praktische Lebensordnung, auch die Wirtschaftsordnung, die richtigen Maßstäbe zu haben, vor allem um bei den zu fassenden Entschlüssen das gute Gewissen, die Festigkeit der Ueberzeugung zu haben, denn bewußt oder unbewußt unterliegen wir alle der Suggestion der Masse.

Der Gegensatz zwischen Individualität und Masse beherrscht keineswegs nur das Verhältnis der breiten Arbeitermassen zum Unternehmertum, obwohl hier der Gegensatz, da es sich um materielle Dinge handelt, den schärfsten Ausdruck, die gefährlichste Spannung und Zuspitzung erfahren hat. Derselbe Gegensatz hat sich überall, auch in anderen sozialen Schichtungen und Beziehungen geltend gemacht, er wiederholt sich auf allen anderen Lebensstufen. Auch innerhalb der bürgerlichen Kreise selbst, in allen Berufen und Ständen, hat eine merkwürdige feindselige Haltung gegen die höher und stärker veranlagten Naturen Platz gegriffen.

Ja, man kann noch weiter gehen und denselben Gegensatz aufspüren und wiederfinden, wenn man von den Gegensätzen und Spannungen innerhalb des einzelnen Volkes hinüberblickt zu dem großen weltgeschichtlichen Gegensatz der Völker untereinander, zu dem furchtbaren Konflikt, der sich in dem Weltkrieg entladen hat. Auch hier finden wir den nämlichen Grundzug unserer Zeit, den Gegensatz der großen Zahl, der Masse gegen das überlegene geniale Können der Minderheit. Ein Zug, ein Charakter, eine Weltanschauung beherrscht jede Epoche. Aus einer gemeinsamen unsichtbar rauschenden Quelle entströmen alle Handlungen und Taten, Unterlassungen und Schicksale, Heil und Unheil jeder Epoche. Die Aufdeckung dieses einen beherrschenden Zuges in unserm Zeitalter kann uns allein in Stand setzen, die bessernde Hand anzulegen im Großen und Kleinen.

Zuletzt wird man die Bewegung der Arbeiterschaft selbst, der großen Masse, nur dann richtig würdigen und voll begreifen, wenn man auch hier wieder denselben Grundzug der Zeit gewahr wird, die Feindseligkeit der großen Zahl des Durchschnitts gegen die überlegene, höher stehende, besserbefähigte Minderheit. In jedem Lebensgebiete nämlich, auf jeder Lebensstufe muß sich das allgemeine Lebensprinzip wiederholen, das Prinzip der Gliederung, daß gewisse einzelne oder kleinere Gruppen sich aus dem Durchschnitt auf- und emporschwingen, durch höhere Leistungen sich abheben, durch diese höheren Leistungen führen und vorbildlich wirken und mit diesen ihren Vorzugsleistungen auch zur Anerkennung gelangen. Jedermann weiß, daß die Arbeiterbewegung in den eigenen Reihen im allgemeinen auf das direkt entgegengesetzte Ziel hinstrebt, auf dem entgegengesetzten Triebe beruht, nämlich alle Arbeiter ohne Unterschied des Könnens, der Leistung, des Fleißes, der Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit, völlig gleichartig und gleichwertig zu behandeln. Auch hier finden wir dieselbe Spannung wie überall: Die große Zahl in Auflehnung gegen das bessere Können der Einzelnen, Wenigen. Die Arbeit soll nur nach dem rein mechanischen Prinzip der Zeit gemessen werden. Die Ungelernten, Unerfahrenen, Jugendlichen, terrorisieren die Einsichtigen, Erfahrenen, Aelteren. Die Anwendung und Ausspielung der Gewalt, irgend einer Art Zwanges in dem Gegensatz der Vielen gegen die Wenigen, der großen Zahl gegen den höher begabten Einzelnen — dieser Zug geht durch unsere ganze Zeit hindurch. Dieser naturwidrige Trieb muß natür-

lich die allerverhängnisvollsten Folgen haben, denn er bedeutet geradezu die Umstülpung der wahren Naturordnung, was nur zur vollen Zerstörung des Gemeinschaftslebens führen kann, im Einzelvolk wie im gesamten Völkerleben.

Die neue bayerische Regierung.

Ungefähr sieben Wochen haben sich die Rechtsparteien in Bayern herumgestritten, bis es schließlich der Bayerischen Volkspartei zu bunt wurde und diese unter Beiseiteschiebung der Nationalsozialisten, die die meiste Schuld an der Dauerkrise tragen, selbst die Initiative ergriff und ihren Führer Dr. Held vorschickte. Eine solche Lösung, der die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und der Bayerische Bauernbund zustimmten, ist der Bayerischen Volkspartei nicht leicht geworden, sie hätte es lieber gesehen, wenn Dr. Held der Partei erhalten geblieben und ein anderer die Ministerpräsidentschaft übernommen hätte. Breit ist die Basis dieser Regierung nicht: sie hat zwar 68 Stimmen hinter sich, aber in der Opposition befinden sich doch immer noch 62 Mitglieder des Landtages. Obwohl Held von Geburt ein Hesse ist, wird er doch seiner ganzen politischen Einstellung und seiner fast zwanzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit im Bayerischen Landtag entsprechend gegenüber dem Reiche eine Politik befolgen, wie sie etwa von der Denkschrift der Bayerischen Staatsregierung zur Revision der Weimarer Verfassung vor einem halben Jahr vorgezeichnet wurde. Daß eine solche Politik natürlich nicht zur inneren Festigung des Reiches beitragen wird, liegt auf der Hand. Da aber seine Reichstreue über jeden Zweifel erhaben ist, darf man wohl annehmen, daß er der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage des Reiches Rechnung tragen und sich dem bayerischen Föderalismus in nicht allzu eifriger Weise dienstbar zeigen wird.

Geheimrat Held.

Geheimrat Held steht im 57. Lebensjahre. Er ist aus Hessen gebürtig und erst seit 1899 in Bayern, in welchem Jahre er Redakteur des „Regensburger Morgenblattes und Anzeigers" wurde. Durch seine Heirat mit der Tochter des Verlegers Habbel wurde er dann



Mitbesitzer dieser Zeitung, einer der angesehensten Blätter der Bayerischen Volkspartei. Im Jahre 1907 wurde er zum ersten Mal in den Bayerischen Landtag, 1919 zum Vorsitzenden der Fraktion der Bayerischen Volkspartei gewählt. Zum geheimen Hofrat wurde er ernannt nach dem Zustandekommen der Wasserstraßen in Bayern, woran er bedeutenden Anteil hatte.

Das Programm der bayerischen Koalitionsparteien.

Die München-Augsburger Abendzeitung ist heute in der Lage, Mitteilungen über das neue Koalitionsprogramm zu machen. Danach wird u. a. verlangt, daß nur der Staat die vollziehende Gewalt in den Händen haben dürfe und daß alle Bestrebungen nach gewaltsamer Aenderung der Verfassung mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen. Die vaterländische Bewegung dürfe nur in engster Verbindung mit der staatlichen Oberhoheit vor sich gehen. Die Rechtspflege muß so gehandhabt werden, daß sie von keiner Seite beeinflußt werden kann. Im übrigen sieht das Programm die baldige Erreichung der finanziellen Selbständigkeit Bayerns und eine endgültige Regelung des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich vor.

Haftbefehl gegen Goering und Roßbach.

TU. **München**, 26. Juni. Die München-Augsburger Abendzeitung meldet, daß der Oberreichsanwalt in Leipzig einen Haftbefehl gegen den Hauptmann Goering und den Oberleutnant Roßbach wegen Beihilfe zum Hochverrat erlassen hat.

Um den Achtstundentag.

Die weitere Aussprache auf der Arbeitskonferenz.

Das Problem des Achtstundentages beschäftigte die Internationale Arbeitskonferenz auch am vorgestrigen Tage. Eine Rede des deutschen Arbeitervertreters Hermann Müller und des deutschen Arbeitgeberdelegierten Vogel gaben der Sitzung ein besonderes Gepräge.

Müller führte aus, die Arbeiterschaft in Deutschland sei sich wohl des Ernstes der Lage und der besonderen Verhältnisse infolge des verlorenen Krieges bewußt, aber sie bestehe nach wie vor auf dem Prinzip des Achtstundentages. Vogel schilderte besonders die Notlage der deutschen Industrie und die auf ihr ruhenden schweren Lasten, die ungünstigen Aussichten für die nahe Zukunft und auf der anderen Seite die Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiter durch die Mehrarbeit und infolgedessen die bewilligten höheren Löhne. Auch die deutsche Industrie sei kein Gegner des Achtstundentages; aber seine Anwendung müsse den Verhältnissen angepaßt sein und dürfe nicht zu einer Dogmatik werden. Die Vereinbarungen über die achtstündige Arbeitszeit zwischen Unternehmern und Arbeitern seien seinerzeit an die Bedingung geknüpft worden, daß ihre Verwirklichung von der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit auch in den anderen Ländern abhänge.

Der englische Regierungsvertreter Davies bezog sich auf eine Ankündigung der englischen Regierung im Unterhaus, sobald wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Das Sachverständigengutachten besage nichts davon, daß zur Ermöglichung der Reparationsleistungen in Deutschland schlechtere Arbeitsbedingungen eintreten müßten. Die Leistung von Reparationen biete kein stichhaltiges Argument für die Aufhebung des Achtstundentages in Deutschland. Der belgische Regierungsvertreter und der Vertreter der polnischen Regierung drückten dann gleichfalls die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen aus, die Washingtoner Konvention zu ratifizieren, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch eine Reihe anderer Staaten dies tun würde.

Knappschaftsältestenwahlen am Sonntag.

Gegenwärtig tobt im Ruhrrevier ein scharfer Kampf um die am Sonntag stattfindenden Knappschaftsältesten-Wahlen. Unter der Stichmarke: Die Bedeutung der Knappschaftsältesten-Wahl erschien nun im Volksblatt vom 26. Juni ein Artikel, in dem es heißt:

„Solange im Vorstand der Knappschaft Arbeitervertreter saßen, die in den entscheidenden Sitzungen mit den Werksvertretern stimmten, war von einer Mitbestimmung der wirklichen Arbeitervertreter keine Rede, denn sie wurden stets überstimmt, auch wenn nur ein einziger Verräter unter ihnen saß. Nach dem großen Siege des Bergarbeiterverbandes bei der Knappschaftswahl 1910 wurden nur Verbandsälteste in den Vorstand gewählt. Seit der Zeit ist es nicht mehr vorgekommen, daß ein Arbeitervertreter den Werksvertretern half, die Mehrheit über die Arbeitervertreter zu erlangen."

Hierzu schreibt der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter:

Das stimmt. Aber richtig ist auch, daß nicht nur ein Arbeitervertreter mit den Werksvertretern durch dick und dünn ging, sondern alle 15, denn die Verhältnisse im Knappschaftsverein sind auf jeden Fall nicht besser geworden. Die Bergleute wissen alle, welcher Geist heute im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum herrscht.

1. Die 15 Aeltesten des Verbandes haben für den Bau eigener Krankenhäuser gestimmt, in denen die Verpflegungskosten enorm höher waren, wie in den konfessionellen Krankenhäusern. Diese Mehrkosten mußten aus den Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden.
2. Die 15 Aeltesten haben alle für die Einführung der Krankenkontrolleure gestimmt, deren mehr wie 150 vorhanden sind und die ein Gehalt von monatlich 260 Mark plus Tagegelder beziehen und von denen die krankfeiernden Bergleute behandelt werden, als wenn sie unter Polizeiaufsicht ständen.
3. Die 15 Aeltesten haben für den Aerztedienstvertrag gestimmt. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages bekommen die Hinterbliebenen der Aerzte 69 mal soviel als die Hintebliebenen der Knappschaftsmitglieder.
4. Auch die glänzende Besoldung der Beamten ist mit Zustimmung derselben Aeltesten erfolgt. Bekanntlich bekamen diese 10 resp. 20 Prozent mehr, wie die Reichs- und Staatsbeamten haben.
5. Auch für die hohen Verwaltungskosten haben die 15 Aeltesten gestimmt.
6. Dieselben waren auch zufrieden, daß kein Mensch Einblick in die Verwaltung bekommen hat.
7. Die 15 Aeltesten haben ruhig zusehen können, daß in der Zeit, wo hohe Gehälter gezahlt wurden und kolossale Ausgaben für Verwaltung usw. gemacht wurden, die Invaliden, Witwen und Waisen mit einem Betrag abgespeist wurden, der nicht einmal die Kosten einer Straßenbahnfahrt ausmachte.
8. Die Beamtengehälter wurden wertbeständig nachgezahlt, während die Invaliden- und Witwenpensionen mit entwertetem Gelde gezahlt wurden.
9. Die Aerzte dürfen das Honorar selbst festsetzen.
10. Unter der Mitregie der 15 Aeltesten ist die Familienkrankenkasse beseitigt worden.

Dieses alles sind Verschlechterungen und keine Verbesserungen. Daraus können die Knappschaftsmitglieder ersehen, daß die einseitige Zusammenstellung des Vorstandes für die Kameraden keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen gebracht hat. Daher müssen sie am 29. Juni die Antwort darauf geben, indem sie alle den christlich-nationalen Stimmzettel abgeben.

Dr. Hilger Vorsitzender der Knappschaftsberufs-Genossenschaft.

Bremen, 26. Juni. In seiner gestrigen Tagung hat der Vorstand der Knappschaftsberufsgenossenschaft an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Bergrat Klein aus Harpen, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, den Geh. Bergrat Dr. ing. e. h. Ewald Hilger zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Die große Koalition in Preußen.

TU. **Berlin**, 26. Juni. Zu der heutigen Meldung des „Tag" über die zunehmende Unzufriedenheit in der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit der großen Koalition erfahren wir, daß in der gestrigen Fraktionssitzung die Unstimmigkeit über die Frage, ob die große Koalition gut sei oder nicht, erneut zur Sprache gekommen ist. Dabei hat sich herausgestellt, daß für einen großen Teil der volksparteilichen Abgeordneten die große Koalition lediglich eine aus der Not geborene Vernunftehe ist. Irgendwelche Beschlüsse aber, die auf eine Sprengung der Koalition oder Aehnliches hinauslaufen würden, sind nicht gefaßt worden.

Vermehrung der Völkerbundsratssitze.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß Lord Parmoor beabsichtigt, dem Völkerbund im September vorzuschlagen, daß die Zahl der Mitglieder des Völkerbundsrates von 10 auf 15 und die der ständigen Mitglieder von 4 auf 6 erhöht werden soll, um es zu ermöglichen, Deutschland und Rußland ohne Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse die von ihnen gewünschten ständigen Sitze zur Verfügung zu stellen.

Vertrauenskundgebung für Mussolini.

In einer Sitzung der Mussolini ergebenen Kammermehrheit schilderte nach einem Bericht aus Rom der italienische Ministerpräsident nochmals die durch die Ermordung Matteottis geschaffene innerpolitische und parlamentarische Lage.

Er wiederholte die Versicherung, daß alle an dem Verbrechen Schuldigen bestraft werden sollen, das eines großen Volkes unwürdig sei. Was die Stellung der Regierung betreffe, so sei diese entschlossen, auf ihrem Posten zu bleiben. Er gebe freilich zu, daß die Regierung sorgfältig ausgewählte Männer brauche. Die Umgestaltung des Kabinetts werde bald verwirklicht. Die Nationalmiliz werde in die Armee eingereiht und auf den König vereidigt werden. Gesetzliche Zustände sollen überall wiederhergestellt und das Parteiwesen gereinigt werden. Was die Abwesenheit der Oppositionsgruppen von den Beratungen der Kammer anlange, hoffe er, daß diese Abwesenheit nur zeitweilig sei. Eine Opposition aber, der es nicht mehr um den Fall Matteotti zu tun sei, sondern nur noch um die Erlangung der Macht, werde er entschieden bekämpfen. Werde sich aber die Opposition ihrer Verantwortung bewußt und nehme sie an den parlamentarischen Arbeiten wieder teil, so könne die Krise als überwunden angesehen werden.

Mussolini schloß mit der Versicherung, daß ein regelmäßiges Arbeiten des Parlaments gewährleistet sei, und daß der Faszismus eine Politik nationaler Versöhnung verfolgen werde.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Ministerpräsidenten nahm die Versammlung eine Tagesordnung an, in der Mussolini das volle Vertrauen ausgesprochen wurde.

Ein weiterer Teilnehmer an der Ermordung verhaftet.

TU. **Mailand**, 26. Juni. In Mailand ist heute noch einer der am Morde Matteottis unmittelbar Beteiligten namens Viola von der Polizei ausfindig gemacht und festgenommen worden.

Die Leiche Matteottis verbrannt.

TU. **Rom**, 26. Juni. Tribuna zufolge ist die Leiche Matteottis von Volgi und Gaisi mit Petroleum und Benzin überschüttet und verbrannt worden. Die Asche ist in alle Winde zerstreut.

Demobilisierung der faszistischen Miliz.

TU. **Rom**, 26. Juni. Mussolini hat die sofortige Demobilisation der nach dem Attentat auf Matteotti mobilisierten faszistischen Miliz angeordnet.

Die Umbildung des italienischen Ministeriums.

Rom, 26. Juni. „Nuovo Paese" bestätigt, daß die Umbildung des Ministeriums in den ersten Julitagen erfolgen und daß Mussolini auch Männer, die nicht der faszistischen Partei angehören, hinzuziehen werde. Die Unterstaatssekretärstellen sollen bei dieser Gelegenheit fast alle abgeschafft werden.

Nach den Wahlen in Südafrika.

General Hertzog hat nach den Wahlen zum südafrikanischen Parlament, die für die bisherige Regierungsmehrheit zu einer entscheidenden Niederlage wurden, die Neubildung der Regierung übernommen. Er habe nach einer Reutermeldung beschlossen, den Prinzen von Wales zu einem Besuch nach Südafrika einzuladen.

Johannesburg, 26. Juni. Wie die Johannesburger „Mail" meldet, beabsichtigt die Regierung Hertzog, einen Botschafter der südafrikanischen Union in Europa zu ernennen, dessen Sitz sich in Holland befinden würde. Als Kandidat werde der Abgeordnete Grobler genannt.

London, 26. Juni. General Hertzog forderte Creswell zur Teilnahme der Labour Party an der Regierungsbildung auf. Dieser erklärte, die Frage erst nach der Parteikonferenz am Sonntag zu beraten, da sich eine starke Strömung in der Labour Party gegen die Teilnahme geltend mache, um die Unabhängigkeit zu behalten.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung.

Berlin, 26. Juni.

Am Regierungstisch Arbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Wallraff eröffnet die Sitzung vormittags 10,25 Uhr.

Eine Beschwerde des Abg. Eppstein (Komm.) über eine an ihm vorgenommene körperliche Untersuchung anläßlich eines kommunistischen Tages in Osnabrück wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Das deutsch-polnische Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Industrieausschusses der oberschlesischen Eisenbahnen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Soziale Anträge.

Auf der Tagesordnung stehen dann 45 Anträge aller Parteien über die sozialpolitische Frage. Verbunden wird damit die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der den deutschen Frontkämpfern die Vorrechte im Staate verleihen soll, die sie mit ihrem Blute vor dem Feinde erstritten haben.

Abg. Veith (Dn.) richtet einen Appell an das Weltgewissen, den Notschrei eines sterbenden Volkes zu hören. Der Redner dankt den barmherzigen Menschen, die die Volksspeisungen ermöglichten und dadurch Tausende vor dem Hungertode errettet haben. Die brüderliche Gesinnung sei niemals so stark gewesen, wie in den jetzigen Zeiten der Not. Aufreizend wirkten die Schlemmereien und Prassereien gewisser Kreise. Junge Burschen sollten nicht mit ein paar Groschen Unterstützung in der Großstadt herumlungern, sondern sie sollten zur Oedlandkultivierung geschickt werden. Der Redner forderte dann beschleunigte Herstellung von neuen Wahnungen. Er bemängelte dann die heutige ununterbrochene 24 stündige Sonntagsschicht der Hüttenarbeiter. Das Schlimmste für den Staat sei die Spaltung des Volkes durch den Klassenkampf. Wir bedürfen der sozialen Versöhnung.

Abg. Graßmann (Soz.) erkennt den sozialpolitischen Eifer des Vorredners an und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er auch dann eintreten werde, wenn es ans Zahlen gehe und es sich um die Besserstellung der Arbeiter handele. Die Mahnung an die Schlemmer sollte der Vorredner an seine Parteifreunde richten. (Widerspruch rechts.) Der Redner verlangt Eingreifen gegen die preisverteuernden Kartelle. Wir brauchen eine ausländische Goldanleihe. Wir müssen uns das Vertrauen des Auslandes durch Annahme des Sachverständigengutachtens erwerben.

Die Abstimmung über die Beamtenanträge.

Gegen ½1 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen. Es wird die Abstimmung über die Anträge zur Beamtenfrage vorgenommen.

Bekanntlich schlägt der Hauptausschuß vor, die von der Regierung in Aussicht gestellten 71½ Millionen Mk zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen 1—6 zu verwenden. Ferner sollen auch allgemein für die Beamtengruppen Erhöhungen der Kinder- und Frauenzulagen vorgenommen werden.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung zur Abänderung des Besoldungsgesetzes wird an den Hauptausschuß zurückgewiesen. Der kommunistische Antrag, die Besoldungsgruppen 1—7 und die Gruppen über 13 zu beseitigen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt. — Ein Antrag von Graefe (Natsoz.), die Erhöhung der Grundgehälter auch auf die Gruppen 7—8 auszudehnen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt, da sich dadurch der Betrag, der auf den Einzelnen kommen würde, noch verringern würde. Ebenfalls gegen die Antragsteller abgelehnt wird der kommunistische Antrag, nicht 71½, sondern 800 Millionen Mark an Erhöhungen auszuwerfen. Darauf werden die Anträge des Hauptausschusses mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen.

Durch diese Abstimmungen sind sämtliche anderen Besoldungsanträge erledigt.

Die Anträge zum Personalabbau werden dem Abbau-Ausschuß überwiesen. Damit sind die Abstimmungen erledigt. Angenommen wird noch ein sozialdemokratischer Antrag, die Weiterführung der Personalabbau-Verordnung sofort und solange auszusetzen, bis eine gesetzliche Regelung dieser Frage erfolgt ist.

Darauf wird die sozialpolitische Erörterung fortgesetzt.

Abg. Frau Täusch (Zentr.) bespricht die Stellung der Frau in der Sozialpolitik. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Produzenten und Konsumenten müsse ein verständiger Ausgleich geschaffen werden. Die Arbeiter wünschen am Achtstundentage festzuhalten, der aber nicht zum starren Schema werden dürfe, sondern vielmehr sich den Produktionsnotwendigkeiten anpassen soll. Ein Arbeitsgerichtsgesetz müsse schleunigst vorgelegt werden.

Abg. Stöcker (Komm.) schiebt die Verantwortung für die Schandtaten, die die Regierung unter dem Ermächtigungsgesetz besonders in der Frage der Beamtenbesoldung begangen habe, auf die Parteien, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben.

Abg. Thiel (D. Vpt.) wünscht eine erhöhte Berücksichtigung der Kriegsopfer, die stark vernachlässigt worden seien. Auch die Abfindung der Leichtbeschädigten und Witwen müßte schleunigst erhöht werden. Der Redner verlangt die Wiederherstellung des alten Rechts der kriegsbeschädigten Reserveoffiziere, zwischen Behandlung nach dem Offizierspensionsgesetz oder dem Reichsversorgungsgesetz zu wählen. Die Erwerbslosenfürsorge müsse in eine Erwerbslosenversicherung umgewandelt werden. Der jetzige gemeindliche Aufbau verbürge nicht die Unabhängigkeit der Richter. Die Bemessung der Arbeitszeit dürfe nicht der Willkür der Arbeitgeber überlassen werden. Der letzte Bergarbeiterstreik habe einen ungeheuren wirtschaftlichen Schaden angestiftet.

Abg. Fahrenhorst (Nat.-Soz.): Alle nachnovemberlichen Regierungen haben für soziale Zwecke kein Geld gehabt, wohl aber für den Staatsgerichtshof. Eine Schmach und Schande sei es, daß beim Personalabbau auch Kriegsbeschädigte auf die Straße gesetzt worden seien. Die Krankenkassen sind zu einer Versorgungsanstalt für sozialistische Maulhelden geworden. (Lebhafte Heilrufe bei den Nationalsozialisten; Lärm bei den

Abg. Ziegler (Dem.) glaubt nicht, daß durch alle diese schönen Redensarten den notleidenden Witwen geholfen werden könne. Wir sollten uns endlich frei machen von der Phrase und der rauhen Wirklichkeit klar ins Auge blicken. Der Vorredner scheint, nach seiner Ahnungslosigkeit zu urteilen, die letzten Monate auf dem Monde gelebt zu haben. (Heiterkeit.)

Abg. Schwarzer (Bayer. Vpt.) fordert für die Rentenbesitzer die Festsetzung einer gesicherten und auskömmlichen Rente.

Abg. Hetzel (Wirtschaftl. Ver.) tritt für den notleidenden Mittelstand ein, namentlich für den Hausbesitz. Wucher- und Preistreiberei-Verordnungen hätten den Mittelstand an den Bettelstab gebracht.

Abg. Genzen (Deutsch-Soz.) bedauert als parlamentarischer Neuling, daß hier im Reichstage so lange Reden gehalten werden über Dinge, die doch einfach und klar seien. Der Reichstag solle weniger reden und mehr leisten.

Damit schließt die Aussprache.

Die Anträge, die die Kriegsbeschädigten betreffen, werden einem Sonderausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen. Die Anfragen und Anträge gehen an die zuständigen Ausschüsse.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Interpellationen und Anträge über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues.

Schluß gegen ½8 Uhr.

Preußischer Landtag.

319. Sitzung.

Berlin, 26. Juni.

Der Zentrumsantrag auf Hilfsmaßnahmen zur Steuerung der Not der durch Unwetter in den Kreisen Fulda und Kirchhain schwer betroffenen Bevölkerung wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Hierauf setzt das Haus die Aussprache über den

Justizhaushalt

fort.

Abg. Göbel (Ztr.) sieht trotz aller Bedenken im einzelnen die Verordnungen zur Vereinfachung und Beschleunigung des Strafprozesses als einen Fortschritt an, wenn auch der Grundsatz der Mündlichkeit nicht ganz in Takt bleiben konnte. An dem Grundsatz der Unabsetzbarkeit der Richter sollte nicht gerüttelt werden. Die Aufhebung kleiner Amtsgerichte wünschen auch wir ganz ausnahmsweise verfügt zu sehen.

Der Staatssekretär des Justizministeriums gibt zu den zuletzt erwähnten Punkten eine entgegenkommende Erklärung ab.

Ein Ministerialrat geht auf einige weitere Anregungen des Abg. Göbel ein. Er äußert sich u. a. über die Frage der schärferen Scheidung zwischen richterlichen und Sekretär-Funktionen.

Abg. Lüdicke (Deutschnat.): Die heutige Gesetzmacherei verdient den schärfsten Tadel. Die Notverordnungen haben sich über bestehende grundlegende Rechtsgarantien glatt hinweggesetzt.

Abg. Obuch (Unabhäng.) erklärt, der kapitalistische Staat kenne keine Gerechtigkeit. Die Gerichte gehen mit größter Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter durch Erkennung von unerschwinglichen Geldstrafen vor.

Abg. Berndt (Dem.) tritt ein für Verstärkung der Laienelemente in der Rechtsprechung und Beibehaltung der Schwurgerichte. Die Verordnungen müssen sobald wie möglich verschwinden und an ihre Stelle muß eine einheitliche Gesamtreform treten. Aufhören müsse auch jede politische Rechtsprechung, nach denen links gerichtete Leute schärfer angefaßt würden.

Freitag 11 Uhr Weiterberatung.

Soziales.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber zur Frage des Soziallohnes.

Bekanntlich haben die Arbeitgeber sich geweigert, den krankfeiernden Bergleuten den Sozialkohn zu zahlen. In dieser Angelegenheit wandte sich der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter am 14. d. M. an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, mit längeren Darlegungen.

Nachstehnde Antwort des Reichsarbeitsministeriums ist beim Gewerkverein eingegangen:

Betrifft: Gewährung von Soziallohn in Krankheitsfällen.

Auf das Schreiben vom 14. Juni 1924.

In der Streitfrage zwischen den Tarifparteien, ob das Abkommen vom 12. Juni 1922 über die Zahlung von Soziallohn in Krankheitsfällen noch in Kraft sei, habe ich die drei Unparteiischen des Schlichtungsausschusses vom 16. Mai 1924 nach ihrer Ansicht gefragt. Die drei Herren haben sich übereinstimmend dahin geäußert, daß über die Zahlung von Soziallohn nicht besonders verhandelt worden sei, ein Antrag des Zechenverbandes auf Aufhebung der Bestimmungen nicht vorgelegen habe. Da der alte Manteltarif im wesentlichen in Kraft bleibe, müsse nach ihrer Ansicht auch die Vereinbarung fortbestehen.

Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis in der Hoffnung, daß der Streitfall damit erledigt ist.

In Vertretung: gez. Dr. Geib.

Schiedsspruch für die Bergbauangestellten.

Essen, 26. Juni. In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Angestelltenverbände und des Zechenverbandes wurde betr. Gehaltsregelung der technischen Angestellten folgender Schiedsspruch gefällt:

Die tariflichen Gehaltssätze erhöhen sich ab 1. Juni 1924 in allen Gruppen um 5 Prozent; desgleichen erhöhen sich von demselben Zeitpunkt die im Schiedsspruch vom 3. Januar d. J. vorgesehenen Leistungszulagen um ebenfalls 5 Prozent, wobei in denjenigen Fällen, in denen statt der Leistungszulage ein Weihnachtsgeld gezahlt wurde, dieses sich dann ebenfalls entsprechend der Leistungszulage erhöht.

Ueber die Regelung der Arbeitszeit wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den bisherigen Zustand aufrechterhält.

1. Die im § 5 Absatz 1 des Tarifvertrages festgesetzte Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Angestellten soll bis zum Ablauf dieser Abmachnug im Monatsdurchschnitt arbeitstäglich 9 Stunden nicht überschreiten.

Für die in den nicht durchgehenden Betrieben beschäftigten Betriebsangestellten ist die Wochenschichtzeit die der unterstellten Arbeiter. Diese Schichtzeit darf nur in solchen Ausnahmefällen überschritten werden, in denen es sich um unvermeidbare Betriebserfordernisse handelt. Diese soll jedoch 12 Stunden bei 10stündiger Arbeitszeit täglich nicht überschreiten.

2. Siehe Schiedsspruch vom 15. Februar 1924 Ziffer I. (Dieser lautet: Angestellte in durchgehenden Betrieben sind innerhalb ihres Tätigkeitskreises auch an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ohne besondere Bezahlung zur Arbeit verpflichtet, wenn der Betrieb es unbedingt erfordert. Das Höchstmaß der für die Arbeiter geltenden Wochenschichtzeit darf dabei keinesfalls überschritten werden. Den hiernach zur Arbeit verpflichteten Angestellten stehen im Monat mindestens 2 freie Sonntage zu. Für eine etwa an einem dieser freien Sonntage oder am 1. Weihnachtsfeiertage verfahrene Schicht muß ein freier Wochentag gewährt werden. Als durchgehende Betriebe gelten solche, die regelmäßig an Wochen- und Sonntagen durcharbeiten.

Die übrigen technischen Angestellten über Tage sind gleicherweise zur Sonntagsarbeit unter den obigen Einschränkungen verpflichtet, wenn es für die Fortführung des Betriebes unbedingt notwendig ist.)

3. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. September 1924 und kann von diesem Zeitpunkt ab mit zweimonatlicher Frist erstmalig für den 30. November 1924 gekündigt werden. Eine spätere Kündigung kann am Schlusse eines jeden Monats mit zweimonatlicher Frist erfolgen.

4. Die Erklärungsfrist läuft bis spätestens den 30. Juni 1924.

*

Der am 16. Juni gefällte Schiedsspruch über die Gehaltserhöhung der kaufmännischen Grubenbeamten, der in Form einer Leistungszulage von 5—10 Prozent eine durchschnittliche Gehaltserhöhung von 10 Prozent unter Berücksichtigung der örtlichen und wirtschaftlichen Lage der Zeche vorsieht, ist von den Angestellten abgelehnt, vom Zechenverband dagegen unter Betonung der schwerwiegenden Bedenken angenommen worden. Es schwebt jetzt die Verbindlichkeitserklärung.

Neuer Lohntarif für die Reichspostarbeiter.

Berlin, 26. Juni. Die Verhandlungen mit den Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter im Bereiche der Deutschen Reichspost über den Abschluß eines neuen Lohntarifs sind beendet. Es wurde ein neuer Lohntarif getätigt, der bis zum 31. August 1924 Gültigkeit hat und beiderseits mit Monatsfrist gekündigt werden kann. Die Lohnhöhe entspricht den Sätzen, die durch den Beschluß des Reichskabinetts für die Eisenbahnarbeiter festgelegt wurden. Außerdem wurde die Ortszulage den Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter angepaßt.

Gewerkenversammlung der Bergwerksgesellschaft „Alte Haase".

Voraussichtliche Stillegung der Zeche.

TU. **Berlin**, 26. Juni. Die heute in Berlin abgehaltene Versammlung der Gewerken Alte Haase hat durch den Vorschlag einer evtl. Stillegung sämtlicher Zechen weit über die Kreise der Kuxenbesitzer hinaus Bedeutung erlangt. Zunächst legte die Verwaltung Geschäftsbericht und Bilanz vor. Dem Antrage auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig entsprochen. Zu einer lebhaften Erörterung führte der Antrag auf Stillegung der Zechen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats führte zur Begründung folgendes aus:

Seit dem passiven Widerstand und dem Abschluß der Micum-Verträge ist die wirtschaftliche, insbesondere die geldliche Lage der Gesellschaft von Monat zu Monat immer schwieriger geworden, bis sie in den letzten Wochen, insbesondere noch durch den Streik geradezu zur Katastrophe geworden ist. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, daß wir, als wir vor vier Jahren die Zusammenlegung der drei Gesellschaften Alte Haase-Barmen, Johannessegen nebst den 72 kleinen Gesellschaften zu der jetzigen Gesellschaft Alte Haase beschlossen haben, wir durch die Vereinfachung, die dadurch für den ganzen Geschäftsbetrieb eintrat, uns den Magerkohlenbergbau des Kreises Hattingen wieder verschafft und unseren Kuxenbesitzern eine bescheidene Verzinsung gesichert haben. Alle diese Arbeit scheint nach den Vorgängen des letzten Jahres umsonst geleistet zu sein. Die Ingangbringung des Betriebes nach dem passiven Widerstand, die hohen Micumlasten, die hohen Löhne, die Steuern und sozialen Abgaben haben den Zustand der Gesellschaft derartig verschlechtert, daß wir von einem ansehnlichen Bankguthaben, das wir bei Anbruch des passiven Widerstandes aufweisen konnten, in eine Schuldenlast von rund 1½ Millionen Goldmark hineingeraten sind. Wir haben monatliche Zuschüsse von 100 000 Mark und mehr anlegen müssen. Der Streik, der uns nochmals eine Belastung von 150 000 Mark brachte, hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Wir sind jetzt nicht mehr in der Lage, Geld aufzutreiben, um den Betrieb fortführen zu können. Wir brauchen erstens billiges Geld für die Betriebsmittel und um die enormen Bankzinsen zu verringern; zweitens niedrigere Selbstkosten durch eine Steigerung des Effekts auf 17 Ztr. pro Mann und Schicht und eine Verringerung der Löhne. In den letzten drei Jahren vor dem Kriege war der Durchschnittseffekt auf unseren Anlagen trotz der großen Betriebsverbesserungen, die wir inzwischen vorgenommen haben, um 30 Prozent höher als heute. In der Vorkriegszeit waren ferner die Löhne infolge der günstigeren Arbeitsbedingungen noch um etwa 15 Prozent niedriger, als auf den Fettkohlengruben. Jetzt darf diese Spannung nur noch höchstens 3 Prozent betragen. Wir brauchen drittens die völlige Befreiung von den Micumlasten. Um billiges Geld zu bekommen, habe wir uns wiederholt an das Reich, an Preußen und an die Reichsbank gewandt. Bis jetzt ist aber jede Hilfe abgelehnt worden, obwohl wir an das Reich noch hohe Forderungen aus den Micumverträgen haben und obwohl dem Reich im Falle der Stillegung die Versorgung unserer 2100 Arbeiter durch die Erwerbslosenfürsorge zufallen würde. Im Augenblick schweben noch Verhandlungen, um öffentliche Gelder zu bekommen, aber die Aussichten auf Erfolg sind sehr gering. Mit den Arbeitern ist verschiedentlich verhandelt worden, aber genügendes Interesse für den furchtbaren Ernst der Lage fanden wir auch hier nicht. Mit den Franzosen wird wegen der Befreiung von den Micumlasten dauernd verhandelt. Auf dem freien Geldmarkt bekommen wir keinen Kredit.

So sieht sich denn der Grubenvorstand genötigt, der heutigen Gewerkenversammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bergwerksgesellschaft Alte Haase wird ermächtigt, den Betrieb der Bergwerke stillzulegen, falls nach seinem Ermessen eine Rentabilität der Bergwerke nicht mehr zu erreichen ist.

Gegen diesen Beschluß wandte sich vor allem Amtmann Wibbeld-Hattingen, der auf die furchtbaren Folgen hinwies, die eine solche Maßnahme für die Bevölkerung der ganzen Gegend haben müßte. Er betonte vor allem, daß auf den Zechen, die für die Stillegung in Betracht kommen, noch 25 000 000 Tonnen Kohlen zum Abbau anstehen, was noch für 50 Jahre Förderung ermöglichen würde. Er stellte auch den Einspruch des Oberbergamts gegen die Stillegung auf Grund des § 65 des Berggesetzes in Aussicht.

Trotz aller Bedenken wurde aber die Ermächtigung zur Stillegung mit 2259 : 2 Stimmen erteilt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates wird in letzter Stunde noch alles versuchen, um die Stillegung abzuwenden. Er braucht den Antrag jedoch, um für alle Fälle gedeckt zu sein, da er eine so schwerwiegende Maßnahme allein nicht verantworten wollte.

Gerichtszeitung.

Am 2. Februar, abends 7 Uhr, wurde die Leiterin der Filiale „Hollandia", Stöhr, auf ihrem Wege vom Geschäfte zur Straßenbahnstelle in der Wiemelhauser Str. in Weitmar, von drei Burschen, den Bergleuten Franz Jurdecke aus Weitmar, Johann Karpinski aus Herne und Johann Blase aus Riemke überfallen und ihrer Aktentasche mit 315 Mark, 4 Schürzen, einer Rotwurst, einem Pfund Rindfleisch und einer Monatskarte der Straßenbahn beraubt. Vor der Tat hatten die Burschen die in der Nähe des Tatortes befindliche Straßenlaterne ausgedreht. Als die Stöhr kam, sprangen Jurdecke und Blase auf sie ein. Jurdecke versetzte ihr einen Schlag gegen Unterleib und Blase entriß ihr dann die Tasche. Die Täter flüchteten hierauf. In der Nähe der Zeche „Prinz Regent" trafen sie den Bergmann Wilhelm Jurdecke, der vorher von dem Raubüberfall unterrichtet war. Hier wurde die Beute verteilt. Karp. erhielt 53 Mark, Franz J. und Bl. etwas mehr als die anderen, weil sie „die Hauptarbeit geleistet" hatten. Am 26. Februar wurde die Leiterin der Filiale „Wohlfahrt", Rottmann, mit zwei Begleiterinnen ebenfalls auf dem Heimweg vom Geschäft überfallen. Sie hatte eben die Aktentasche mit dem Geld ihrer Begleiterin Eisenbarth abgegeben, als diese plötzlich von einem Manne ins Genick gefaßt und zu Boden geworfen wurde. Dann entriß er ihr die Tasche und floh querfeldein. Als die Eisenbarth einen auf der Straße stehenden Mann um Hilfe anging, entfernte sich dieser, ohne sich um die Mädchen zu kümmern. Nach Ansicht der Eisenbarth soll der Unbekannte der Bergmann Franz Jurdecke gewesen sein. Die Rottmann war am Abend vor der Tat bereits von zwei Männern verfolgt worden. Sie glaubte, in dem Bergmann Franz Jurdecke einen der Verfolger zu erkennen. Wilh. Jurdecke erklärte vor dem Untersuchungsrichter, sein Bruder habe sich ihm gelegentlich gegenüber geäußert, er würde die Filialleiterin Rottmann überfallen, wenn ihm der Ueberfall auf die Leitern der Filiale „Hollandia" nicht gelingen sollte. Die Burschen standen vor dem großen Schöffengericht unter Anklage des Raubes bezw. der Hehlerei. Unter Versagung mildernder Umstände wurde Franz Jurdecke zu 5 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Johann Karp. zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Johann Blase zu 5 Jahren Gefängnis und Wilh. Jurdecke wegen Hehlerei zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Turnen. Spiel. Sport.

Turnerbund Eickel gegen Westfalia Bochum 2:2.

Das Resultat gibt den Spielverlauf richtig wieder. Drängte Westfalia in der ersten Halbzeit, so hatte Eickel in der zweiten Halbzeit das Heft in der Hand. Westfalia geht durch Elfmeter in Führung. Eickel holt kurz vor Halbzeit durch groben Schnitzer des Westfalen-Torhüters auf. Beide Mannschaften verschießen einen Elfmeter. Bei einem tadellosen Vorstoß geht Eickel in Führung, muß sich aber doch noch den Ausgleich gefallen lassen. Etwas besonderes wurde nicht gezeigt, weil beide Mannschaften zuviel Ersatz einstellten.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen.

w. **Berlin**, 26. Juni. Amtlich. **Der französische Ministerpräsident hat die deutsche Regierung amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß seine in der französischen Kammer abgegebenen Erklärungen über die Freilassung der Gefangenen und die Wiederzulassung der Ausgewiesenen durch entsprechende Weisungen an die französische Besatzung bereits in die Tat umgesetzt sind. Wie die Meldungen aus den besetzten Gebieten bestätigen, sind diese Maßnahmen schon seit einigen Tagen in der Durchführung begriffen. Für den französischen Besatzungsabschnitt des altbesetzten Gebietes ist bereits 7500 Familien, also etwa 30 000 Personen, die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Am 25. Juni hat die Rheinlandkommission die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus dem altbesetzten Gebiet in etwa gleichem Umfange beschlossen, sodaß also im ganzen ungefähr 15 000 Familien mit 60 000 Köpfen die Rückkehr in ihre rheinische Heimat gestattet ist. Sonach ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist dem größten Teile der Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht und der Mehrzahl der Gefangenen aus der Zeit des Ruhrkampfes die Freiheit wiedergegeben wird. Früher sind bereits auch die deutschen Gefangenen aus St. Martin de Re und anderen französischen Strafanstalten gemäß der Zusage der französischen Regierung in Gefängnisse des besetzten Gebiets zurückgeführt worden. Unsere Wünsche in dieser dem deutschen Volke und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheit sind durch die Initiative der Regierung Herriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher gebracht. Möge der Widerhall, den dieser den französischen Verständigungswillen bekundende Entschluß in Deutschland sicherlich finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Ausnahmen baldigst aufgehoben und damit baldigst sämtliche Gefangenen und Ausgewiesenen der Freiheit und der Heimat zurückgegeben werden.**

Die gesetzliche Miete vom 1. Juli ab.

Berlin, 26. Juni. Nach einer Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministeriums vom 25. 6. 24 beträgt die gesetzliche Miete vom 1. Juli ab 62 v. H. der reinen Friedensmiete. Aus der gesetzlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebsunkosten sämtliche auf den Grundstücken ruhende öffentliche Lasten zu entrichten. In Gemeinden, in denen der Zuschlag für die Grundvermögenssteuer mehr als 100 v. H. beträgt, ist der Vermieter berechtigt, den 100 v. H. übersteigenden Betrag umzulegen.

Verhaftung eines Kommunistenführers.

TU. **Berlin**, 26. Juni. Der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Rathause, Stadtverordneter Derr, ist gestern nach einer Sitzung der Bezirksleitung verhaftet worden. Gegen Derr schwebt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Landesverrat. Er hatte s. Z. einen Artikel in der „Roten Fahne" veröffentlicht, für die er verantwortlich zeichnete.

Vorverhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag

TU. **Berlin**, 26. Juni. Die deutsche Delgation für die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich hat sich nach Prag begeben, um mit der dort weilenden österreichischen Delegation eine Reihe von Fragen dieses Vertrages zu erörtern. Voraussichtlich wird in Prag auch mit der tschechoslowakischen Regierung über einige wirtschaftliche Spezialfragen verhandelt werden.

Kraftwagenunfall.

Königsberg, 26. Juni. In der Nähe von Allenstein fuhr ein von Königsberg kommendes Automobil gegen einen Baum. Während der Führer mit leichteren Verletzungen davonkam, wurden die beiden Insassen, ein Ehepaar aus Königsberg, getötet.

Betrügereien mit „alten Meistern".

TU. **Wien**, 26. Juni. Die Polizei hat den Inhaber der Bilderfirma Gebrüder Wedomenski, den ehemaligen Rittmeister Geza Jenway, wegen Betrügereien mit falschen alten Meistern verhaftet. Bei der Revision der Firma wurden noch 60 solcher falschen Bilder beschlagnahmt.

Typhus-Epidemie.

w. **Dinslaken**, 26. Juni. In der Siedlung an der Augustastraße ist, den „Düsseldorfer Nachrichten" zufolge, eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. Bis jetzt ist eine Person gestorben. 20 Personen sind schwer erkrankt und eine weitere Anzahl leicht erkrankt.

Sonnabend Auszahlung der Juligehälter an die Beamten.

TU. **Berlin**, 26. Juni. Auf Anordnung des Reichsfinanzministeriums werden die am 1. Juli fälligen Gehälter der Reichsbeamten am 28. Juni zur Auszahlung kommen.

Schweres Bergwerksunglück in Oesterreich.

w. **Wien**, 26. Juni. **Im Kohlenbergwerk Hart bei Gloggnitz ereignete sich heute nachmittag ein schweres Grubenunglück. Von 70 eingefahrenen Bergleuten konnten sich 40 rechtzeitig retten, dreißig wurden getötet. Die Ursache ist noch nicht bekannt.**

Botschafter v. Hoesch wieder in Paris.

w. **Paris**, 26. Juni. Botschafter v. Hoesch ist nach Paris zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

Großer Petroleumprozeß in Amerika.

TU. **Newyork**, 26. Juni. Die Regierung reichte beim Obersten Staatsgerichtshof in Chicago eine Klage ein gegen mehr als 50 der bedeutendsten Petroleumfirmen Amerikas, denen die Verletzung des Antitrustgesetzes zum Vorwurf gemacht wird.

Kreditverweigerung der ägyptischen Kammer.

TU. **Kairo**, 26. Juni. Die ägyptische Kammer hat sich dem Beschluß der Finanzkommission angeschlossen und die Kredite für die Beteiligung an den Kosten der englischen Armee in Aegypten verweigert.

Dr. Otto Brandt †.

TU. **Berlin**, 26. Juni. **Dr. Otto Brandt**, das erste Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, ist in der Nacht vom 24. zum 25. Juni nach einer schweren Operation gestorben. Der Verstorbene war außerdem Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Lokales und Handel: Ernst Henke; für Sport und Letzte Nachrichten: i. V.: Ernst Henke; für Provinzielles, den übrigen Textteil und „Feierstunden": Jul. Schwinck; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Billige Preise!

Wir haben ohne Rücksicht auf die Selbstkosten die Preise für unsere Waren ganz bedeutend ermäßigt und bringen solche ab Freitag

fabelhaft billig

zum Verkauf. — Jedem Herrn, der Wert auf

gute elegante Kleidung

legt, bietet sich jetzt eine außergewöhnlich günstige Einkaufsgelegenheit

Moderne Herren-Anzüge Bill.-Mk.
nur gute solide Stoffe in schön. Must. auch f. korpulent. Herr. 35.- 45.- 55.- 65.-

Feinste Modell-Anzüge
aus Gabardine u. Kammgarn das Beste an Stoff., das Vollkommenst. ar Sitz u. Verarb. 78.- 88.- 98.- 108.-

Elegante Gabardine-Mäntel
in d. neuest. Form. z. Teil auf Seide od. Ia. Plaidfutter 65.- 75.- 85.- 95.- 105.-

Gummi-Mäntel
nur erprobte Qualit. garant. wasserdicht 22.- 26.- 29.- 35.- 42.-

Tennishosen, Lüsterjoppen
in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Eco

Erdheim & Co.
Bochum, Kortumstr. 10
(Intimes Theater)
Fernsprecher 1082



Morgen

übergebe ich meine neuen Geschäftsräume

Hochstrasse Nr. 5

dem Verkehr.

Die bedeutende Vergrößerung, die dadurch mein Pelzwarenhaus erfährt, findet ihren Grund in nichts anderem als in dem ständigen Wachsen des zufriedenen Kundenkreises. Die Käufer sind zufrieden mit der reellen, zuverlässigen Bedienung und sind zufrieden mit der Preiswürdigkeit des bei mir Gekauften

Wer bei dem Einkauf guter Pelze sicher gehen will, besuche deshalb grundsätzlich mein Geschäftshaus. Der mit der Eröffnung verbundene

Eröffnungs-Verkauf

mit besonderen, ungemein preiswerten Angeboten moderner Pelzwaren bietet aussergewöhnliche Vorteile.

Für Sommer und Reise

Blau-Füchse	Maulwurf-Schals
Silber-Füchse	Biber-Schals
Weiß-Füchse	Sealbisam-Schals
Slate-Füchse	Opossum-Schals

PELZHAUS OFFSZANKA

Billiger Bezug in
PHOTO-BEDARF
Entwickeln — Copieren — Vergrößern
Drogerie Hucklenbroich
Brückstraße 55

Chemisch-technisches Laboratorium und Beratungsbüro
Dr. P. Güttes
von der Handelskammer und Gerichten in Bochum vereidigter und öffentlich angestellter Sachverständiger
Wittenerstr. 18 **Bochum** Telephon 738
Untersuchungen, Gutachten, Beratung in allen chemisch-technischen Fragen für: Industrie, Handel und Gewerbe. Spez. Brennstoffe, Teerprodukte und Schmiermittel

Chemische Fabrik **Walther Bosch**
G. m. b. H. / Telephon 19 / Bochum
bietet an ab Fabrik Hermannshöhe 20:
Amerikan. Autobenzin 0.730 / 0.740. **Autoöl-Raffinat** 6—7. **Wasserstoff und Sauerstoff.**
Technische Oele und Fette
aller Art für die Maschinenschmierung zu den billigsten Tagespreisen sofort lieferbar.

Wer Stoff hat
zur Anfertigung nach Maß beste Zutaten, Umändern Reparaturen u. Aufbügeln zum billigsten Preis bringe denselben nach der
Dorstenerstr. 116.

Linoleum
liefert und verlegt
durch erprobte Fachleute
C. Bohlmann
Bochum, Kortumstr. 4 — Fernruf 826

Noch nie war die Gelegenheit günstiger

Ich übernahm **Lager-Posten großer Strickwaren-Fabriken** und biete die Waren in folgenden Sortimenten an

Wollene Westen **5.75** Serie I

Wollene Westen **7.50** Serie II

Wollene Westen **9.75** Serie III

Seiden-Jumper 4.75 Serie I

Lange Strickjacken Einheitspreis **11.00**

Seiden-Jumper 8.90 Lange Formen mit Borden Serie II

Preise in Billionen Mark.

Diese Artikel sind in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Preise in Billionen Mark.

M. FROMM Obere Marktstraße 28

Nr. 80. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag. 27. Juni 1924.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 27. Juni.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Freitag, 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, findet eine Stadtverordnetensitzung statt.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände:

Neuwahl der unbesoldeaen Magistratsmitglieder.

Neuwahl der Ausschüsse.

Ersatzwahlen zum Ausschuß für die Einkommen- und Vermögenssteuer.

Ersatzwahl von Mitgliedern für den Steuerausschuß des Stadtkreises.

Bestellung der Beisitzer und Stellvertreter für den Verwaltungsausschuß des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises der Stadt Bochum.

Bericht über die Prüfung a) der Stadthauptkasse am 14. 5. 1924, b) der Kasse des Stadtleihamtes am 22. 4. 1924, c) der Kasse der städt. Beleuchtungs- und Wasserwerke am 5. 6. 1924.

Abnahme und Entlastung der Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1922.

Abnahme und Entlastung der Jahresrechnung aus dem Rechnungsjahr 1921.

Erlaß einer Ortssatzung zur Durchführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 (RGB. S. 100) und der preußischen Ausführungsverordnung vom 17. 4. 1924 (G. S. S. 210).

Anträge der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion.

Der neue Syndikus der Handelskammer.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, der der Oeffentlichkeit als einer der tüchtigsten Volkswirtschaftler des Reichstages bekannt ist, übernimmt, wie schon berichtet, am 1. Juli die Leitung der Geschäftsführung der Bochumer Industrie- und Handelskammer, nachdem er einstimmig von der Vollversammlung der Kammer dazu gewählt ist. Mit ihm kehrt in das Ruhrrevier eine politische Persönlichkeit zurück, die hier nicht unbekannt ist, die sogar in ihrer Entwicklung von hier aus ihren Ausgang nahm. Dr. Hugo hat als Bergbaubeflissener im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Bochum auf den Zechen „Unser Fritz" und „Consolidation" gearbeitet und hat später eine Reihe von Jahren politisch in Dortmund und Hagen gewirkt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ruhrgebietes sind Herrn Dr. Hugo deshalb bekannt, sodaß es ihm leicht werden wird, die hier gestellten besonderen Aufgaben in Angriff zu nehmen. Gerade in dem gegenwärtigen Augenblick ist es von größter Bedeutung, daß für den wirtschaftlich hochwichtigen Westen eine derartig führende, politische Persönlichkeit gewonnen ist, deren Sachkunde und Erfahrung die beste Gewähr bietet, daß die lebenswichtigen Interessen des Westens eine gebührende öffentliche Vertretung und Beachtung finden. Dr. Hugo hat in seiner parlamentarischen Tätigkeit seine Aufgabe bisher darin gesehen, gegen sozialistische und zwangswirtschaftliche Experimente anzukämpfen und den natürlichen Zustand der vollen Arbeitsfähigkeit der Wirtschaft wieder herzustellen. Seit Jahren ist er Leiter des Reichsverbandes des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels gewesen, dem die großen Export- und Importfirmen der Hansastädte angehören. Im Parlament selbst hat er sich als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei energisch für den Mittelstand eingesetzt. Eine ganze Reihe von Anträgen sind von ihm bei dem Zusammentritt des jetzigen Reichstages gestellt worden, um den Einzelhandel und das Handwerk von allen überflüssigen Hemmungen zu befreien, und ihm diejenige staatliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft gelegen ist. Es ist jedenfalls zu begrüßen, daß die Industrie- und Handelskammer gerade auf diese Persönlichkeit, die für uns im Westen, aber auch im ganzen Reiche ein Programm darstellt, ihre Wahl als ersten Syndikus hat fallen lassen.

Reichssteuerverteilungen an die preußischen Gemeinden

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der Minister des Innern folgende Steuerverteilungen bekannt:

a) Einkommensteuer (20. Ek., Rest f. Mai u. Abschl. f. Juni) auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 5 Gold-Pfennig, für die Landkreise 0,6 Gold-Pfennig, für die Provinzen 0,4 Gold-Pfg.

b Körperschaftssteuer (8 Kp., Rest f. Mai u. Abschl. f. Juni) auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 6,5 Gold-Pfg., für die Landkreise 1,5 Gold-Pfg., für die Provinzen 0,6 Gold-Pfennig.

c) Umsatzsteuer (9 Us., Rest f. Mai u. Abschl. f. Juni) auf jede Einheit des Umsatzsteuerschlüssels für die Gemeinden 15 Gold-Pfg., für die Landkreise 5 Gold-Pfg.

d) Kraftfahrzeugsteuer (9. Kfz., Rest f. Mai u. Abschl. f. Juni). 1. Betrag zu Zwecken der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhalten gemäß §§ 3 und 21 Pr. Ausf.-Ges. z. F. A. G. 1 125 000 Goldmark, 2. Betrag für besondere Zwecke des Wegebaues und Wegeunterhaltung gem. § 21 a Pr. Ausf.-Ges. z. F. A. G. in der Fassung der Preuß. Steuervd. vom 1. 4. 1924 558 000 G.-M.

e) Dotationen (4. Dot., Rest f. Mai u. Abschl. f. Juni), Gesamtbetrag 4 320 000 G.-M. — Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahlen vermag jede Gemeinde sich den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

Neuregelung der Fürsorgepflicht in Bochum.

In einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung betr. Erlaß einer Ortssatzung zur Durchführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht heißt es u. a.:

Durch die Verordnung der Reichsregierung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 und die dritte Steuernotverordnung vom 14. 2. 1924 wird das gesamte öffentliche Fürsorgewesen auf eine völlig neue Basis gestellt.

Nach der finanziellen Seite hin ist eine Regelung dahin getroffen, daß fernerhin Reich und Land keine Mittel mehr zur Durchführung der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, und zur Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner überweisen. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes der Gemeinden zwecks Erfüllung der ihnen überwiesenen Fürsorgeaufgaben wird vielmehr fortab eine Steuer von dem bebauten Grundbesitz erhoben.

In organisatorischer Hinsicht ist bestimmt worden, daß zur Durchführung der örtlichen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und der ihnen auf Grund der Versorgungsgesetze Gleichstehenden, für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, für Kleinrentner, für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte und für Minderjährige, ferner der Wochenfürsorge, sowie der Armenfürsorge jeder Stadtkreis einen Bezirksfürsorgeverband zu bilden hat.

Die Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz, über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Sozialrentnen, über Kleinrentnerfürsorge, das Gesetz über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, sowie das Gesetz über die Wochenfürsorge sind aufgehoben, an deren Stelle treten die näheren Bestimmungen a) der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924, b) die vorläufigen Grundsätze der Reichsregierung über Voraussetzung, Art und Maß öffentlicher Fürsorgeleistungen vom 27 3. 1924, c) der preußischen Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 17. 4. 1924.

Um eine einheitliche Organisation, einheitliche Grundsätze und ein einheitliches Verfahren zur Durchführung der Fürsorge für alle Gruppen der Fürsorgebedürftigen zu sichern, macht sich der Erlaß einer Satzung notwendig, die wir hiermit vorlegen.

Aus dem Inhalte der Satzung heben wir folgendes heraus:

Bisher wurden die Fürsorgeaufgaben von verschiedenen Stellen erledigt. Es soll nunmehr eine einheitliche Zusammenfassung stattfinden. Die bisherigen Sonderausschüsse sollen aufgehoben und deren Aufgaben einem neu zu bildenden Zentralwohlfahrtsausschuß überwiesen werden, der sich aus Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen zusammensetzt.

Da den Bezirksvorstehern auf Grund ihrer jahrelangen Fürsorgetätigkeit reiche Erfahrungen zur Seite stehen, ist die Beibehaltung der bisher bei der Armenverwaltung bestandenen Bezirksvorsteherversammlung zur Erfüllung der in diesem Paragraphen angegebenen Zwecke empfehlenswert.

Die Pfleger wurden bisher nur nach Anhörung der Bezirksversammlung von der Verwaltung berufen, künftighin sollen auch die Vorschlagslisten der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege für die Berufung maßgebend sein.

Abänderung der Gebühren für Aufenthalts-Genehmigungen.

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: In einer Verfügung des Ministers des Innern wird im Einverständnis mit dem Finanzminister ein Nachtrag zur staatlichen Verwaltungsgebührenordnung gegeben, demzufolge die in der Verfügung vom 25. April d. J. mitgeteilten Sätze für Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer von 6—200 Mark abgeändert und erheblich herabgesetzt werden. — Demnach sind künftig zu entrichten für Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer, soweit sie nicht schon durch vorhandene gültige Sichtvermerke als erteilt gelten, auf die Dauer bis zu einem Jahre 5 Mark, bis zu zwei Jahren 10 Mark, bis zu drei Jahren 15 Mark, auf unbeschränkte Dauer 20 Mark. Aus sachlichen und persönlichen Billigkeitsgründen kann von der Gebührenerhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden. Der Minister des Inern bemerkt dazu in einer Verfügung, daß Billigkeitsgründe in der Regel vorliegen bei ausländischen Studierenden, Staatsstipendiaten und kranken Ausländern, die in Deutschland nachweislich von schweren Leiden Erholung suchen oder zur Vornahme von Operationen einreisen. Der Minister nimmt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die für die Gebührenerhebung zuständige Behörde befugt ist, bei nachgewiesener Bedürftigkeit die Gebühr auf Antrag bis auf die Mindestgebühr herabzusetzen oder ganz zu erlassen. Insbesondere sei bei Bescheiden in Ausweisungsangelegenheiten von der Anwendung der Höchstsätze in der Regel abzusehen. Im allgemeinen werden die unteren und mittleren Behörden in diesen Angelegenheiten eine Gebühr von 10—20 Goldmark für angemessen halten können.

× **Die Revision der Quittungskarten** beginnt am 30. Juni im Stadtbezirk X, Mühlen- und angrenzende Straßen. Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen sind zur Revision bereitzuhalten. Für Dienstmädchen sind Marken zu 40 Pfg. zu verwenden. Vor der Revision wird am 28. Juni von 11 bis 1 Uhr im Versicherungsamt, Malteserstraße 14 b, Zimmer 5, Gelegenheit geboten, Beitragsrückstände straffrei nachzubringen. Beitragsmarken können dabei in jeder Lohnklasse und Anzahl vom Ueberwachungsbeamten erworben werden.

Ein Erholungsheim. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten hat seinen Mitgliedern ein Ferienheim geschaffen und zum 1. Juli 1924 der Benutzung übergeben, in dem sie in schönster Landschaft Ferien feiern können. Das Haus, im Schweizer Stil erbaut, liegt auf luftiger Anhöhe, etwas abseits vom Dorfe Zernsdorf bei Königswusterhausen in der Mark. Von der oberen Veranda, die sich rings um das Haus hinzieht, ruht der Blick auf der Seenkette, die Zernsdorf im Halbkreise umlagert. Wer des Waldes schattige Kühle liebt, hat gleich neben dem Hause auf eigenem Boden Gelegenheit dazu im schönsten Kiefernhain. Das Heim mit seinen behaglich ausgestatteten Speise- und Lesezimmern gibt Gelegenheit zu geselligem Beisammensein. 25 Gäste können in sehr schön eingerichteten Zimmern untergebracht werden. Für die Jugend ist recht zweckmäßig und bequem eine Jugendherberge eingerichtet. Das ganze Anwesen legt Zeugnis ab, was starker Frauenwille, kaufmännischer Geist verbunden mit künstlerischem Schönheitssinn zu leisten vermag.

ep. **Der Evangelische Sängerbund** hat sein 26. Jahresfest am 6. Juli in Hagen. Hunderte von Sängern aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet werden zusammenkommen, um in Massenchören vereinigt, Sonntagnachmittag im Kuppelsaal der Hagener Stadthalle eine größere Anzahl von Liedern für gemischten, Frauen- und Männerchor vorzutragen. Festredner ist Pastor Gauger aus Elberfeld, der bekannte Herausgeber des Evang. Wochenblattes „Licht und Leben". Der Evang. Sängerbund ist am 11. Juli 1898 gegründet; er umfaßt etwa 300 Chöre aus allen Teilen Deutschlands mit etwa 12 000 Sängern. Er erblickt seine besondere Aufgabe in der Pflege des deutschen geistlichen Liedes.

✻ **Gefahr für den Kartoffelbau.** Von Frankreich her, wo der gefürchtete Koloradokäfer sich im Jahre 1922 in der Gironde festgesetzt und im Jahre 1923 über 29 Departements ausgebreitet hat, droht dem deutschen Kartoffelbau große Gefahr. Der Schädling scheint schon während des Krieges mit amerikanischen Transporten in die Gegend von Bordeaux eingeschleppt zu sein und hat sich dort offenbar lange Zeit unbeobachtet vermehren können. Vorher war er bereits mehrmals (1877, 1887 und 1914) nach Deutschland gekommen, wo er aber stets rechtzeitig bemerkt und mit durchgreifenden Maßnahmen wieder ausgerottet werden konnte. Das auffallend gefärbte Tier, dessen gelbe Flügeldecken 10 schwarze Längsstreifen tragen, ist etwa 1 Zentimeter lang, nährt sich ebenso wie seine hagenbuttenfarbenen Larven von Kartoffelkraut und frißt in kurzer Zeit die Aecker völlig kahl. Er richtet großen Schaden an und seine Einbürgerung in Deutschland würde ein nationales Unglück bedeuten. Ein schon im vorigen Jahre von der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem herausgegebenes Merkblatt mit farbiger Abbildung des Schädlings soll der Aufklärung der Bevölkerung dienen, damit sie helfen kann, etwaige Einbrüche des Tieres schnell aufzudecken. Wo das Tier gefunden wird, ist sofort die Ortspolizei- oder die Gemeindebehörde zu benachrichtigen, damit unverzüglich Bekämpfungsmaßnahmen getroffen werden. Auch die Biologische Anstalt und die Hauptstellen des amtlichen Pflanzenschuldienstes nehmen Meldungen an.

Aenderungen im Interalliierten Zolltarif. Folgende Aenderungen im Interalliierten Zolltarif treten mit Wirkung ab 25. Juni 1924 im Bereich der Micum in Kraft: Beim Versand von frischem Obst vom besetzten in das unbesetzte Deutschland (Nr. 47 des Tarifs) wird bis zu neuer Bekanntmachung der Zollsatz auf 3 Prozent ermäßigt. Die Ausfuhrabgabe für Hefen ist wie folgt geändert: Weinhefe (Nr. 188 des Tarifs), flüssig 0 Prozent, Weinhefe, trocken oder teigartig 5 Prozent, andere Hefen aller Art (Nr. 189 des Tarifs) 5 Prozent. Der Nr. 317 des Tarifs ist hinzuzufügen: Synthetischer Kampfer. die Ausfuhrabgabe beträgt 2 Prozent.

ha. **1844 Praktikantenstellen.** Von den Krankenhäusern und medizinisch-wissenschaftlichen Instituten, die zur Annahme von Praktikanten ermächtigt sind, hat der Reichsminister des Innern ein neues Verzeichnis aufstellen lassen. Bei jeden ist die Zahl der anzunehmenden Praktikanten angegeben. Es sind dies im ganzen Reiche 1844 Stellen, in Preußen 928, sonst 916. Von den preußischen Regierungsbezirken kommen die meisten auf Düsseldorf mit 174, dann auf Arnsberg mit 93, Breslau 81, Köln 49, Wiesbaden 43, Schleswig 35, Potsdam 34, Münster 33, Magdeburg und Merseburg je 32, Frankfurt a. O. 28, Königsberg und Hannover je 27, Oppeln und Kassel je 26, Stettin 23, Aachen 22, Liegnitz 20, Koblenz 19 usw. Bayern zählt 262, Hamburg 140, Sachsen 139, Baden 94, Württemberg 93, Hessen 43, Thüringen 33, Bremen 22, Braunschweig und das Saargebiet je 21, Mecklenburg-Schwerin 13, Oldenburg 9, Anhalt 8, Lübeck 7, Lippe 6, Mecklenburg-Strelitz 3, Waldeck 2.

Handwerkskammerbeiträge. Die Heberolle über die auf die einzelnen Handwerksbetriebe umgelegten Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammer in Dortmund für das Rechnungsjahr 1924 liegt vom 28. Juni bis 11. Juli während der Vormittagsdienststunden auf Zimmer 14, Schule an der Mühlenstraße, zur Einsicht der Beteiligten offen. Es werden erhoben 15 Goldpfennig für je 1000 Mark des für 1923 festgesetzten Gemeindegewerbesteuerbetrages. Einsprüche gegen die Veranlagung sind bis zum 8. August 1924 beim Magistrat — Steueramt — anzubringen und zu begründen.

× **Richard Wagner-Abend.** Es wird besonders auf den heute abend 8 Uhr im Stadtpark stattfindenden Richard-Wagner-Abend des Städt. Orchesters hingewiesen. Außer den gern gehörten Vorspielen zu „Meistersinger" und „Fliegender Holländer" werden Orchestersätze aus „Lohengrin", „Rienzi", „Tristan und Isolde", „Siegfried" und „Walküre" zur Aufführung gelangen. Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt. (Siehe Anzeige.)

× **Zeitbilder.** Die Wochenbeilage zum Märkischen Sprecher bringt diesmal ein höchst amüsantes Titelbild: Drei Elefanten machen ihren Besuch in einem Kinderhospital; die kleinen Kranken sind auf Tragbahren, Stühlen usw. in einen Hof des Krankenhauses gebracht und erfreuen sich dort an den Kunststücken, die ihnen die riesigen Gäste vormachen. Sehr eigenartig sind auch die Aufnahme von der englischen Steilküste, wo Leute beim Sammeln von Möveneiern sind; das Bild schon ist schwindelerregend, und doch sollen bei der Arbeit selten Unglücksfälle vorkommen, weil die Eiersammler ihr Handwerk von Grund aus verstehen. In den Osten unseres Vaterlandes führen uns Aufnahmen aus Königsberg i. Pr., wo man bekanntlich das 200jährige Stadtjubiläum feierte, besonders gelungen ist ein Bild aus halber Vogelperspektive: über Dächern und Giebeln türmt sich schwer und wuchtig der Bau der alten Ordensritters-Burg, und leicht steigt darüber der neuere Bau des Schloßturmes auf. Allerlei Sportbilder, Photographien von bekannten Persönlichkeiten, Modebilder, Scherenschnitte usw. usw. vervollständigen das Blatt.

Inventur- und Saison-Ausverkäufe. Die Industrie- und Handelskammer zu Bochum nimmt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß für Inventur- und Saison-Ausverkäufe gemäß Bekanntmachung des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 28. Dezember 1914 die Zeit vom 10. Januar bis 15. Februar einschließlich und vom 10. Juli bis 15. August einschließlich freigegeben ist. Inventur- und Saison-Ausverkäufe sind in der Ankündigung als solche zu bezeichnen und dürfen in der angegebenen Zeit nur in der Dauer von je drei Wochen abgehalten werden. Gestattet sind aber nur entweder zwei Saisonausverkäufe oder je ein Inventur- und Saisonausverkauf.

Unsitte der Radfahrer. Die Polizeiverwaltung teilt mit: In letzter Zeit sind mehrere Unfälle dadurch

---

Um das Erbe der Drewendts.

Kriminalroman aus der Gegenwart v. **Erich Ebenstein.**

(Urheberrecht 1918 durch Greiner u. Co., Berlin W.30.)

22) „Darf ich fragen, worüber Sie selbst sich damals in Erregung befanden, gnädige Frau?"

„Hm — müssen Sie das wirklich wissen? Es steht doch in gar keinem Zusammenhang mit Andreas Verschwinden."

„Wenn auch. Ich möchte ganz klar sehen. Alles, was ich bereits früher über dieses Verschwinden bei Losensteins oben in Erfahrung brachte, läßt mich vermuten, daß Fräulein Andreas Abreise mit irgend einem Vorfall zusammenhing, der sich hier in Ihrer Wohnung ereignete."

„Nicht möglich! Oder sollte sie es für möglich gehalten haben, daß ich — aber nein, das ist unmöglich! Soweit mußte sie mich doch kennen, um zu wissen, daß ich daran mit keinem Gedanken dachte!"

Frau Hartwig war ganz blaß geworden und starrte verwirrt vor sich hin.

„Darf ich wissen, was damals geschah?" mahnte Fernau freundlich.

„Ja, gewiß. Jetzt muß ich es Ihnen ja wohl sagen," stammelte sie, und fuhr dann, sich fassend, fort: „An jenem Nachmittag, kurz ehe Andrea kam, wurde wurde mir ihr Bruder Willy gemeldet. Ich empfing ihn hier in diesem Zimmer, wo ich eben damit beschäftigt war, Geld aus meinem Schreibtisch zu nehmen, um verschiedene Rechnungen damit zu begleichen. Da ich kein Kleingeld hatte, entnahm ich der Kassette einen Tausendmarkschein, den ich auf die Schreibtischplatte unter einen Briefbeschwerer legte. Willy Losenstein war mir eigentlich nur obenflächlich bekannt, denn er ist stark beschäftigt und wenig daheim."

„Er ist Postbeamter, nicht wahr?"

„Ja, Kassenbeamter. Ich war ein wenig erstaunt, daß er mich aufsuchte, denn er war noch nie zuvor in meiner Wohnung. Der Zweck seines Kommens war indessen ein geschäftlicher. Er wollte 800 Mark von mir borgen."

„Ah, das ist ja sehr interessant!"

„Finden Sie? Ich empfand es nur recht peinlich. Denn ich habe es mir zum Prinzip gemacht, niemandem Geld zu leihen. Ich sagte ihm dies auch gleich. Da ich aber merkte, daß es ihn arg enttäuschte, und da ich die beschränkten Verhältnisse oben nur zu gut kannte, bot ich ihm das Geld sehr herzlich als Geschenk an, indem ich ihm auseinandersetzte, daß uns beiden dadurch geholfen wäre. Ich bliebe so meinem Prinzip treu und hätte zugleich die Freude, lieben Freunden aus einer Verlegenheit zu helfen; ihm selbst aber würde dadurch nur eine Last erspart, die bei seinem Gehalt mit der Zeit doch höchst drückend werden mußte. Leider hatte ich bei diesem gutgemeinten Vorschlag nicht mit dem so stark ausgeprägten Stolz der Losensteins gerechnet."

„Der junge Mann lehnte also ab?"

„Und wie! Feuerrot im Gesicht und ernstlich beleidigt. Er wurde beinahe unhöflich, ließ mich gar nicht mehr zu Worte kommen und entfernte sich sehr aufgeregt, indem er bat, seine Bitte als nicht gestellt zu betrachten und seinen Angehörigen gegenüber darüber zu schweigen. Fast gleichzeitig mit seiner Entfernung trat die Köchin ein, um mich in den Salon zu rufen, wo ein Herr auf mich warte. Ich begab mich also dorthin."

„Und der Tausendmarkschein?"

„Blieb hier auf der Schreibmappe liegen."

„Was geschah weiter?"

„Ich blieb nicht lange drüben. Höchstens eine Viertelstunde. Als ich wieder hier eintrat, war inzwischen Andrea gekommen. Aber ich bemerkte sie nicht gleich, einerseits weil sie zwischen den Vorhängen am Fenster stand, andererseits, weil mir plötzlich der Tausendmarkschein eingefallen war und ich ihn in meinem Portemonnaie verwahren wollte. Aber als ich nun an den Schreibtisch trat, zeigte mir der erste Blick, daß das Geld verschwunden war. Ich war so bestürzt, daß ich darüber faß vergaß, Andreas Gruß zu erwidern. „War jemand hier im Zimmer, als Sie kamen, Andrea?" fragte ich. Sie starrte mich sonderbar verwirrt an und antwortete: „Nein — warum?"

„Ich hatte hier einen Tausendmarkschein liegen lassen und nun — ist er fort."

Im selben Moment, ehe Andrea noch etwas sagen konnte, trat aus dem Eßzimmer Herr Harpner mit fröhlichem Gruß ein. Als er unsere bestürzten Gesichter sah, fragte er: „Was haben Sie denn, meine Damen?"

Ich erzählte es ihm. Er meinte erst, ich hätte mich vielleicht getäuscht, und wir suchten dann alles ab, aber der Tausendmarkschein war und blieb verschwunden. Dabei wurde Andrea dann unwohl, und Herr Harpner erbot sich sie hinaufzubegleiten."

„Sie halten es natürlich für ausgeschlossen, daß Fräulein Andrea den Schein genommen hatte?

Frau Hartwig fuhr empört auf.

„Absolut! Ebensogut könnte ich mich selbst bestohlen haben! Für Andrea würde ich beide Hände ins Feuer legen! Nicht eine Sekunde lang dachte ich je an eine solche Möglichkeit. Aber als Sie vorhin von der Sache anfingen, kam mir plötzlich mit Entsetzen zum Bewußtsein, daß Andrea am Ende geglaubt haben mochte, ich hätte sie im Verdacht. Das wäre ja schrecklich! Das arme, arme Kind! Wenn Sie etwa deshalb —"

„Ich glaube nicht, daß sie in diesem Falle ohne Aussprache gegangen wäre. Da muß noch etwas anderes hineinspielen. Wer kommt denn nach Ihrer Meinung für den Diebstahl in Betracht?"

„Ich habe im stillen dabei immer nur an das Kinderfräulein gedacht, der ich damals kurz zuvor gekündigt hatte. Harpner erzählte, er und sie hätten um die fragliche Zeit mit den Kindern Verstecken gespielt. Da wäre es wohl möglich, daß sie sich auch ins Eßzimmer begab und von dort durch die offenstehende Tür den Kassenschein auf dem Schreibtisch hier bemerkte. Die Köchin ist ausgeschlossen. Sie dient seit meiner Verheiratung bei mir, war früher die Amme meines verstorbenen Mannes und ist grundehrlich."

„Die Tür zum Eßzimmer stand damals also offen?"

„Ja. Zwischen diesem und dem Kinderzimmer befindet sich nur ein kleines Entree."

„Und der Salon, in dem Sie sich befanden?"

„Liegt dort nach der anderen Seite zu. Man muß, um dahin zu gelangen, noch zwei Räume durchschreiten."

„Sie haben auch ein Stubenmädchen?"

„Allerdings. Aber sie war damals ausgegangen."

„Was ist Herr Harper für ein Mensch?"

„O, ein hochanständiger Mann! Sie denken doch nicht —?"

„Bitte, ich denke noch gar nichts. Ich frage nur. Sie lernten ihn durch Fräulein Andrea kennen?"

„Eigentlich durch meine beiden kleinen Mädchen, mit denen er öfters auf der Treppe scherzte, wenn sie mit der Bonne ausgingen. Er ist ein großer Kinderfreund, dabei heiter, sehr gebildet und ein brillanter Gesellschafter. Wir wurden, wie gesagt, so nach und nach durch die Kinder bekannt. Zuletzt ging er sehr viel aus und ein bei uns, und immer, wenn er kam, begab er sich zuerst in die Kinderstube, um, wie er scherzend sagte, seinen beiden kleinen Flammen eine Staatsvisite zu machen. Wie er uns einmal erzählte, war er selbst Familienvater und besaß daheim in Schlesien zwei kleine Mädchen im Alter der meinigen."

„Ich glaube, Warnsdorf oder so ähnlich; es liegt hinter Breslau."

„Warum gab er eigentlich sein Zimmer oben so plötzlich auf? Wissen Sie etwas darüber?"

„Nein. Er machte einen Abschiedsbesuch, doch war ich leider nicht daheim."

„Machte er Fräulein Ardrea den Hof?"

„Davon habe ich nichts bemerkt. Er war liebenswürdig zu ihr, wie zu allen anderen, und sie hielt große Stücke auf ihn, weil, wie sie mir öfters sagte, er ihr als kluger, welterfahrener und gebildeter Mann vertrauenswürdig schien. Andere Beziehungen bestanden meiner Meinung nach nicht zwischen beiden."

„Sie glauben also nicht, wie Frau Losenstein, daß er sie zur Flucht verleitete, weil er sie liebte?"

„Keine Idee! Ich bin sogar im Stillen entrüstet über Frau Losenstein, daß sie ihrer Tochter so etwas zutraut! Andrea mit ihren fast überstrengen Ehebegriffen wäre die letzte, die sich auf ein so schmähliches Abenteuer einließe!"

„Und doch muß jemand ihr bei der Flucht behilflich gewesen sein," meinte Fernau nachdenklich.

„Das denke ich auch. Wenn es aber Harpner gewesen ist, so tat er es sicher nur auf Andreas Wunsch hin und nachdem er sich von der Zweckmäßigkeit ihrer Gründe überzeugt hatte."

(Fortsetzung folgt.)

entstanden, daß auf einsitzigen Fahrrädern eine zweite Person, sei es ein Kind oder Erwachsener, mitgeführt wird. Diese Unsitte, die große Gefahr in sich birgt, ist unstatthaft und auch strafbar. Ferner ist die Beobachtung gemacht, daß die Fahrräder beim Eintritt der Dunkelheit vielfach nicht beleuchtet werden und nicht immer rechts gefahren wird, sodaß häufig der Straßenverkehr dadurch gefährdet wird. Die Polizeibeamten sind angewiesen, auf diesen Verkehr zu achten.

l. **Noch gut abgelaufen.** Daß oftmals ein Schutzengel über Kindern Wache hält und sie beschützt, das zeigte ein Fall, der sich Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr in Riemke, vor dem Hause Hernerstraße 65, ereignete. Die Eheleute August St. hatten vor ihrem Fenster eine Leine gespannt und darauf Wäsche zum Trocknen gehängt. Die 11jährige Tochter beugte sich nun zum Fenster hinaus, um eine Schürze von der Leine zu nehmen. Dabei zerriß die Leine und die Tochter stürzte vom 3. Stock in den Hof. Zum Glück fiel das Kind auf einen im Hof wachsenden Strauch, der den Absturz ganz bedeutend milderte. Das Mädchen erlitt nur einen komplizierten Unterschenkelbruch. Es blieb so klar bei Besinnung, daß es den herbeieilenden Angehörigen über seinen Unfall berichten konnte. Das Kind wurde ins Krankenhaus gebracht.

l. **Schlägerei.** In einer Wirtschaft an der Castroperstraße entstand am Mittwoch abend gegen 10 Uhr eine wüste Schlägerei, bei der selbst die Wirtschaftseinrichtung demoliert wurde. In ihrer Kopflosigkeit und Ratlosigkeit zog die Tochter des Inhabers den Feuermelder. Die städtische Feuerwehr traf ein, konnte aber unter den obwaltenden Umständen nicht eingreifen, sondern übergab die Angelegenheit der Polizei.

l. **Brand.** Mittwoch abend gegen 10 Uhr wurde die städt. Brandwache nach dem Hause Steinstraße 28 zu der Firma Pamp gerufen. Dort war beim Umfüllen von Benzol ein Teil verschüttet worden. Durch irgend einen Zufall kam dieses zur Entzündung und Explosion. Die städt. Wehr brauchte bei der Ankunft nicht mehr in Wirksamkeit treten, da der Brand schon von den Hausbewohnern gelöscht war.

l. **Siebenschläfer.** Der heutige 27. Juni ist der Tag des Siebenschläfers. Regnet es heute, so soll es nach dem Volksmunde auch sieben lange Wochen regnen. Hoffen wir, daß uns dieser Wetterprophet in diesem Jahre Günstiges voraussagt. Im übrigen gilt auch hier der Spruch: Bange machen gilt nicht, denn diese Prophezeiungen sind zum Glück bisher schon öfter fehl gegangen. Trotzdem: Hoffen wir, daß es heute nicht regnet, sondern schöner heller Sonnenschein uns beglückt, denn — besser ist besser.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einem Ladenlokal an der Hattingerstraße ein Fahrrad, Marke „Ideal", eine eiserne Kassette mit 30 bis 40 Goldmark, ein Trauring, gez.: H. D. 1907, und verschiedene Wertpapiere, aus einem Neubau an der Vödestraße eine Menge Handwerkszeuge. — Zur Anzeige gelangten: eine Person wegen Diebstahls und eine wegen Hehlerei. — Festgenommen wurden: eien Person wegen Trunkenheit und Widerstand und eine Person wegen Mißhandlung und Bedrohung.

Starker Rohrbruch. Ein Rohrbruch des Wasserleitungsrohrs an der Hattinger Straße, westlich des Bergmannsheils, der vorgestern abend erfolgte, verursachte eine starke Ueberschwemmung und Unterspülung der Straße. Die Gewalt des ausströmenden Wassers war so stark, daß ein stubengroßes Loch entstand, ein Ulmenbaum wurde unterspült und wurde niedergelegt. Die Keller der angrenzenden Häuser füllten sich mit Wasser, eine Hofmauer wurde eingedrückt. Der Fuhrwerkehr war gesperrt, die Elektrische konnte den Betrieb aufrecht erhalten. Da an dieser Stelle schon sehr oft folgenschwere Rohrbrüche erfolgten, so kann man annehmen, daß hier starke Bodensenkungen auftreten.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Tendenz des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe neigte, wie bereits in der Vorwoche angekündigt, in der Woche vom 14.—21. Juni im wesentlichen zur weiteren Verschlechterung, die jedoch in den einzelnen Bezirken der Provinz von recht unterschiedlicher Bedeutung war. So hat sich die Erwerbslosigkeit im Laufe der Woche im Regierungsbezirk Minden und im Freistaat Lippe zum Teil erheblich vergrößert, während sie im besetzten Gebiet etwas zurückgegangen zu sein scheint.

In der Landwirtschaft hielt die schwache Nachfrage nach gelernten ledigen Arbeitskräften — mit Ausnahme von Mädchen — an.

Bergbau. Die im vorigen Arbeitsmarktbericht erwähnte drohende völlige Stillegung der südlichen Randzechen ist erfreulicherweise nicht erfolgt, da der Erfolg der unternommenen Stützungsversuche erst abgewartet wird. Sonst hat sich die Lage auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt wenig verändert.

In der Ziegelindustrie wurden Ziegelarbeiter nur noch ganz vereinzelt angefordert.

Die Lage in der Metallindustrie und der metallverarbeitenden Industrie hat sich vor allem im Bezirk Hagen erheblich verschlechtert. Für Ende dieses und Anfang nächsten Monats liegen Stillegungsmeldungen von 38 Firmen vor. Weitere Betriebsstillegungen sind beim Gewerbeaufsichtsamt bereits angemeldet. Es muß daher besonders in diesem Bezirk mit einer umfangreichen Erwerbslosigkeit gerechnet werden. Auch in Herford und Iserlohn sind Stillegungen in der Metallindustrie zu verzeichnen. In Bielefeld sind nennenswerte Arbeiterentlassungen zwar noch nicht eingetreten, doch wird auch hier die Frage der Einführung von Kurzarbeit oder anderer Betriebseinschränkungen bei verschiedenen Betrieben erörtert.

Die Lage auf dem Baumarkt hat sich durchweg weiter verschlechtert. Dieser Rückschlag des sonst um diese Jahreszeit besonders gut beschäftigten Gewerbes ist in der Hauptsache auf die Geldmittelknappheit zurückzuführen.

Aus dem Landkreise Bochum.

Gerthe, 26. Juni. Unfall. Heute morgen wurde in der Grube der Zeche Lothringen Schacht 4 der Hauer Theodor Polaschek aus Bergen von einem herabstürzenden Stein so schwer getroffen, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Er wurde zum Bergmannsheil gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Aus der Nachbarschaft.

li. **Wattenscheid**, 26. Juni. Jubiläum der Schuhmacherinnung. Das Fest ihres 25jährigen Bestehens feierte die hiesige Zwangsinnung der Schuhmacher in den Räumen des Wintergartens. Der Obermeister der Innung Strothkämper hieß die zahlreich erschienenen Gäste willkommen und begrüßte besonders das Mitglied der Handelskammer, Landtagsabgeordneter Altegoer-Bochum und den Bezirksleiter der Bezirksinteressengemeinschaft der Schuhmacherinnungen des Stadt- und Landkreises Gelsenkirchen, Obermeister Schulz, ferner die neun Jubilare aus der Gründungszeit. Es sind dies: Lorenz Degenhardt, Theodor Schäfer, Hermann Nober, Wilhelm Hundacker, Gustav Suhr, Karl Kötter, Andreas Zimmer und Wilhelm Schröder. Eine besondere Ehrung wurde dem Obermeister August Blambeck zuteil, der zugleich auf eine 20jährige Obermeisterschaft zurückblickte und dem Herr Golz, Gelsenkirchen die Ehrenurkunde als Ehrenobermeister überreichte. Landtagsabg. Altegoer-Bochum sprach den Jubilaren den Dank des Handwerks für die geleistete Arbeit im Dienste der Organisation aus und überreichte ihnen eine Ehrenurkunde. Ehrenobermeister Blambeck dankte namens der Jubilare für die Ehrung und warf einen Rückblik auf die Zeit der Gründung der Innung, die mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden gewesen sei. Musikalische und Quartettvorträge sowie Solovorträge des Schreinermeisters Geers gestalteten den Abend recht abwechselungsreich, so daß eine gemütliche Feststimmung Platz griff, welche die Teilnehmer noch lange in angeregter Unterhaltung beisammenhielt. — Besatzungsamt. Die Angehörigen derjenigen Personen, die durch die Besatzungsbehörde ausgewiesen sind oder nach bereits erfolgter Verurteilung noch Freiheitsstrafen verbüßen, werden ersucht, sich spätestens bis zum 26. d. M. auf dem Besatzungsamt, Zimmer 376 des Rathauses und Zimmer 3 des Amtshauses zu melden. — Kirchensteuer. Die Kirchensteuer für das 4. Viertel des Rechnungsjahres 1923 ist bis spätestens zum 3. Juli 1924 zu entrichten. Nach diesem Tage werden die rückständigen Beträge im Verwaltungszwangsverfahren gebührenpflichtig beigetrieben. — Elternbeiratswahl. Für die evang. Neustadtschule braucht die für Sonntag, 29. Juni festgesetzte Elternbeiratswahl nicht stattfinden, da nur eine Vorschlagsliste eingegangen ist. Folgende Damen und Herren sind somit als gewählt anzusehen: 1. Bergmann Johann Zywitz, 2. Bergmann Wilh. Schwarz, 3. Platzarbeiter Fritz Kaminski, 4. Ehefrau Luise Faust, 5. Ehefrau Anna Bernhard, 6. Bergmann Fritz Sendzek, 7. Schneidermeister Karl Ottmüller, 8. Kassenbote Gustav Ottmüller, 9. Bergmann Heinrich Mönig, 10. Bürobeamter Heinrich Hüst, 11. Bergmann August Beltz, 12. Bergmann Gustav Wegner, 13. Bergmann August Selle, 14. Bergmann Karl Skubowius, 15. Ehefrau Helene Stumm, 16. Bergmann Adolf Bremer.

Baak, 26. Juni. Seilbahngefahren. Am Dienstag, 24. d. M., ereignete sich auf dem Abschnitt der Seilbahn Baaker-Mulde—Henrichshütte wiederum eine Störung. Als einige Mulden, die mit Bergeversatz gefüllt waren, sich über der bewohnten Gegend befanden, entleerten sie sich aus bisher unaufgeklärter Ursache ihres Inhaltes. Im Augenblicke des Herunterfallens der Berge schritten einige Kinder über den in unmittelbarer Nähe der Fallstelle gelegenen schmalen Pfad. Diese Stelle des unter der Seilbahn sich hinziehenden Weges ist zum Unterschied von der Kommunalstraße, die durch ein Drahtnetz, das mit Wellblechauflagen verstärkt ist, ungeschützt, und es konnte daher sehr leicht zu einem Unfall schwerwiegendster Art kommen.

Stiepel-Querenburg, 26. Juni. Betriebseinschränkung. Nachdem am Montag, 23. d. M., die Gewerkschaft Ver. Gibraltar, Stiepel, wegen Absatzmangels eine Feierschicht einlegen mußte, sah sich die Zechenverwaltung der Stollenzeche Klosterbusch am Mittwoch, 25. d. M., gezwungen, ebenfalls eine Schicht ausfallen zu lassen.

Aus den Provinzen.

* **Castrop**, 26. Juni. Verhaftung eines Bankangestellten. Der Bankangestellte Hubert Hüttemann hatte, wie mancher andere, auf eigene Faust gutgehende Effektengeschäfte getrieben; die Inflationszeit des vergangenen Jahres war ja für derartige Dinge nur zu sehr angetan. Mit dem Festwerden der Währung hörte jedoch dieses einträgliche Geschäft auf; anstatt der Kursgewinne gab es jetzt Kursverluste, und kaum hatten sich andere Menschen ein wenig über die festen Preise gefreut, da hatte H. schon 3000 Goldmark verloren. Um dieses Minus zu decken, versuchte er sich im Wetten. Rennpferde schienen ihm günstig als Ersatz für Effekten. Da er kein Geld zum Setzen hatte, entnahm er die erforderlichen Beträge den Beständen der Bank und täuschte die Bank durch falsche Buchungen. Doch die Rennpferde stellten sich als ein schlechtes Objekt heraus, H. verlor und schließlich war sein Schuldkonto bei der Bank auf rund 12 500 Goldmark angewachsen. Um diesen Betrag wird er beschuldigt, den Barmer Bankverein geschädigt zu haben. Am Samstag morgen erschien die Polizei und nahm H. fest. Er wurde nach seiner Vernehmung dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

* **Dortmund**, 26. Juni. Briefmarder. Beim hiesigen Postamt wurde ein schon lange hier beschäftigter Postschaffner beim Oeffnen von Auslandsbriefen auf frischer Tat ertappt. Er gestand die Tat ein und wurde in Haft genommen.

u. **Essen**, 26. Juni. Verdrängungs- und Liquidationsschäden der oberschlesischen Flüchtlinge. Die oberschlesische Votprüfungsstelle in Essen, Huyssenallee 71, ist zum 30. April d. J. aufgelöst worden; Dienstakten befinden sich dort nicht mehr; amtliche Funktionen werden nur von der Zweigstelle Essen des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden in Essen, Weberplatz 1, Ledigenheim, 3. Stock, für ihren Bereich ausgeübt, wohin die Antragsteller sich unmittelbar wenden wollen.

u. **Duisburg**, 26. Juni. Tödliche Unfälle. Eine Frau, die ihrem in den Hafenanlagen beschäftigten Manne das Mittagessen bringen wollte, wurde, als sie die Gleise der Hafenbahn hinter einem Waggon überquerte, von dem sich plötzlich in Bewegung setzenden Zuge erfaßt. Die Räder von drei Waggons gingen der Unglücklichen über den Leib, sodaß dieser in zwei Hälften getrennt wurde. — Auf einer Hütte geriet der Arbeiter Irmer in einen Selbstgreifer, wurde durch diesen hochgezogen und stürzte so unglücklich ab, daß er an den erlittenen schweren Verletzungen auf dem Transport zum Krankenhause starb.

u. **Mörs**, 26. Juni. Vorarbeiten für eine Schnellbahnlinie Mörs—Duisburg. Infolge der Bemühungen des Siedlungsverbandes und der Kreisverwaltung ist von der Regierung die Erlaubnis zur Inangriffnahme allgemeiner Vorarbeiten für den Bau einer Schnellstichbahnlinie von Mörs nach Duisburg erteilt worden. Hiermit ist eine Verkehrslinie gesichert, die für die engere Verbindung mit dem rechtsrheinischen Industriegebiet von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

u. **Mörs, 26. Juni.** Entwickelung einer neuen Stadt. Die Industrie breitet sich am linken Niederrhein immer mehr aus. Davon sind die unweit Mörs gelegenen früheren Ortschaften Linfort und Camperbruch Zeugen, zwei Siedlungsgemeiden von zusammen 20 000 Einwohnern, die nur durch eine Straße getrennt sind. Beide Siedlungen bilden längst eine Interessengemeinschaft und sind aufs engste miteinander verbunden. Ihre Verschmelzung zu einer Stadt ist, wenn die Bevölkerung weiter so intensiv anwächst, nur noch eine Frage der Zeit. 1900 zählte Linfort 491, Camperbruch 440 Einwohner, 1910 904 bezw. 842, und jetzt haben beide zusammen 20 000 Einwohner. Dies erstaunliche Wachsen ist zu erklären durch die Anlage der Zeche Friedrich Heinrich. Die Aktiengesellschaft wurde am 1. Oktober 1906 gegründet; sie übernahm ein Grubenfeld von 30 Quadratkilometer; hierzu kamen 1909 noch 10 Quadratkilometer. Die Zeche fördert Fett- und Magerkohlen.

u. **Opladen**, 26. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung weigerte sich der kommunistische Stadtverordnete Oberdörfer, eine vorbehaltlose Verpflichtungserklärung abzugeben, wozu sich seine Genossen bereitgefunden hatten. Da er der Aufforderung des Vorsitzenden, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht Folge leistete, mußte er von einem Polizeibeamten mit Gewalt herausgeführt werden.

u. **Niedermendig**, 26. Juni. Verbrechen, Unglücksfall oder Selbstmord? Seit einiger Zeit wird ein hiesiger Bürger vermißt. Da vor einigen Tagen der Hut des Verschwundenen in der Nähe des Laacher Sees gefunden wurde, hat man dieser Gegend besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Jetzt ist die Leiche des Vermißten aufgetaucht und ans Ufer geschwemmt worden. Ob ein Verbrechen, ein Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegt, wird die Untersuchung ergeben.

u. **Linfort**, 26. Juni. Selbstmord. Ein 17jähriges Mädchen von hier, das vor etwa 6 Wochen Mutter geworden war, ging nach Kervendonk in Stellung. Von hier wurde es von seiner Mutter wieder weggeholt. Es blieb jedoch nicht zu Hause, weshalb man die Polizei benachrichtigte, die auch Nachforschungen anstellte. Nun wurde das Mädchen in einem Walde bei Xanten bewußtlos aufgefunden. Im Krankenhaus in Xanten ist es dann gestorben. Wie festgestellt wurde, hat es sich mit Salzsäure vergiftet.

u. **Köln**, 26. Juni. Falsche Fünfpfundnoten. Von der Kriminalpolizei wurden unter Mitwirkung der britischen Militärpolizei vier Personen festgenommen, welche englische Fünfpfundnoten nachgemacht und vertrieben haben. Das Fälschungsmaterial, einschließlich der Druckerpresse, wurde beschlagnahmt. Es sind erst wenige Scheine in den Verkehr gekommen, die durch ihre mangelhafte Ausführung und hauptsächlich dadurch kenntlich sind, daß sie sämtlich mit den Nummern D 73 — 96 645 bezeichnet sind.

u. **Köln, 26. Juni.** Tödliches Automobilunglück. Ein tödlicher Autounfall ereignete sich heute mittag auf dem Heumarkt. Dort geriet der in den 30er Jahren stehende Autodroschkenbesitzer Lorenz Geller von hier beim Ausweichen unter ein Lastauto, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Hospital starb.

Verwaltungsreform und Preußischer Städtetag

Der Hauptausschuß des Preußischen Städtetages, der, wie berichtet, in Münster tagte, hat sich auf Grund eines Referats des Oberbürgermeisters Dr. Trautmann-Frankfurt a. d. O. zunächst mit der Frage der Staatverwaltungsreform beschäftigt.

Das Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltung vorgelegt. Dieser Entwurf bringt nicht die seit langem erwartete großzügige und umfassende Verwaltungsreform, sondern beschränkt sich auf einige Vereinfachungen, indem er — von minderwichtigen Einzelheiten abgesehen — wesentlich den Oberpräsidenten als zweite Mittelinstanz sowie den Provinzialrat beseitigt. Der Hauptausschuß des Städtetages hat zu der Frage der Verwaltungsreform folgende Entschließung gefaßt:

„Der von der Preußischen Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung läßt erkennen, daß es verfehlt ist, an eine Verwaltungsreform heranzugehen, ohne gleichzeitig das Endziel festzulegen. Der Entwurf wird daher abgelehnt. Der Hauptausschuß des Preußischen Städtetages hält es für notwendig, daß schleunigst ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und verabschiedet wird, der folgenden Hauptgesichtspunkten Rechnung trägt:

1. Grundsätzlich muß die Verwaltungsreform Staat und Selbstverwaltungskörper einheitlich umfassen.

2. Bei dieser Verwaltungsreform muß die Selbstverwaltung weitgehend ausgebaut und den unteren Verwaltungskörpern müssen grundsätzlich alle örtlichen Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheiten übertragen werden.

3. Die Staatsverwaltung ist in der mittleren Instanz nicht mehr durch Regierungs- und Oberpräsident, sondern ausschließlich durch den Oberpräsidenten auszuüben. Die Regierungen fallen fort.

4. Das Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Selbstverwaltung ist gesetzlich zu regeln. Die Aufsicht muß auf das Recht zur Beanstandung gesetzwidriger Maßnahmen beschränkt werden. Beschwerden über Maßnahmen der Selbstverwaltung sind unter Beschränkung auf Nachprüfung der Rechtmäßigkeit im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden. An die Stelle der bisher erforderlichen Genehmigungen und Bestätigungen muß ein nur im staatlichen Interesse auszuübendes Einspruchsrecht der Aufsichtsbehörde treten. Dabei darf der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Städte, auch der kleinen, in Bezug auf die Art der Aufsichtsführung nicht geändert werden.

5. Für das Verwaltungsstreitverfahren sind selbständige Verwaltungsgerichte, getrennt von den Verwaltungsbehörden, zu schaffen."

In einer Eingabe des Preußischen Städtetages, die bereits am 24. Mai d. J. dem Preußischen Staatsrat zu seiner als unmittelbar bevorstehend angekündigten Beschlußfassung über den Gesetzentwurf betr. die Vereinfachung der Verwaltung unterbreitet worden ist, ist zu dieser Vorlage folgendes ausgeführt worden:

Der vom Staatsminister dem Staatsrat vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltungen bringt nicht die dringend notwendige umfassende Verwaltungsreform, die seit mehreren Jahrzehnten von allen Beteiligten gefordert wird. Zu einer solchen Reform wäre in erster Linie nötig ein planmäßiger Abbau der Gesetzgebung, namentlich der letzten Jahre, und der Verwaltungsaufgaben, nicht minder eine Beschränkung der ministeriellen Zuständigkeit auf die oberaufsichtliche Leitung der Gesamtverwaltung und die Aufstellung allgemeiner Richtlinien, vor allem aber eine grundsätzliche Dezentralisation im Sinne der Uebertragung aller örtlichen Aufgaben auf die örtlichen Selbstverwaltungskörper zur selbständigen, verantwortlichen Verwaltung als Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Diese notwendige Reform bringt der Entwurf nicht. Ebensowenig eine Lösung in Bezug auf richtige Trennung zwischen eigentlicher Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Auch beseitigt er nicht die Zerrissenheit auf dem Gebiete des Schulwesens, wo zur Zeit das höhere, das Volks- und das Fachschulwesen von drei verschiedenen Stellen verwaltet werden.

Was er bringt, ist statt eines neuen Verwaltungsgesetzes im Grunde nur eine nicht sehr belangreiche Vereinfachung des jetzigen Instanzenzuges, in dem der Oberpräsident im allgemeinen als zweite Instanz ausgeschaltet und der Provinzialrat beseitigt wird. Aber auch dieser Vereinfachungsgedanke ist nicht einmal konsequent durchgeführt, da nicht nur das Aufsichtsrecht des Oberpräsidenten über den Regierungspräsidenten in gewissem Umfange bestehen geblieben, sondern auch dem Oberpräsidenten neu ein allgemeines Recht zum Erlaß allgemeiner Weisungen gegenüber den Regierungspräsidenten verliehen und damit die zweite Instanz doch wieder eingeführt ist.

Eine Vereinfachung des Instanzenzuges ist an sich nur zu begrüßen. Aus den angeführten Gründen ist aber in der jetzigen Regelung nichts anderes zu sehen, als eine bloße vorläufige Regelung einiger Einzelheiten, während die wirkliche planmäßige Verwaltungsreform als ungelöstes Problem der Zukunft überlassen bleibt.

Gerichtszeitung.

Der Freimarkensammler als Giftmischer.

Vor dem Aachener erweiterten Schöffengericht stand ein 19jähriger junger Mann, dem die Leidenschaft des Briefmarkensammelns zum Verderben geworden ist. Nicht nur, daß er bei einer hiesigen Bank 14 000 Goldmark unterschlug, um eine mit Nachnahme bestellte Freimarkensammlung einzulösen (die daraufhin verhängte Strafe verbüßt er zurzeit), hat er einem anderen jungen Mann, der ebenfalls wie er Sammler ist, Gift beigebracht, da er sich von ihm bestohlen glaubte. Nur durch ein Zufall kam der Betreffende mit dem Leben davon. Das Schöffengericht verurteilte den Giftmischer zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Gefängnisstrafe für einen Chauffeur wegen fahrlässiger Tötung.

Vor dem Elberfelder Schöffengericht stand ein Chauffeur der Firma Oskar Fromm, der am 21. Februar ds. Js. mit seinem Automobil mehrere Personen schwer beschädigt und eine getötet hatte. Die Verhandlung ergab, daß der Kraftwagen einen Gemüsestand zertrümmert und die Umstehenden unter sich begraben hatte. Der Chauffeur und sein Begleiter, waren zurzeit des Unfalls betrunken. Außerdem wurde festgestellt, daß der Begleiter, der weder Führerschein besitzt noch sonst irgend eine Kenntnis vom Automobilwesen hat, zur fraglichen Zeit den Wagen gesteuert hatte. Der Chauffeur erhielt wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung 6 Monate Gefängnis.



Darstellung von Zähnen, die hohl bezw. angefressen sind.

Zahnschmerzen gehören zu den gräßlichsten Peinigungen, sind aber leicht zu verhüten, wenn die Zähne regelmäßig und richtig gereinigt werden. In den allermeisten Fällen rühren Zahnschmerzen von einem hohlen Zahne her. Das Hohlwerden der Zähne hat seine Ursache in Fäulnis- und Gährungsprozessen im Munde, da diese den ersten Anstoß zur gefürchteten Zahnfäule geben. Hieraus folgt klar, daß man Fäulnis- und Gährungsprozesse im Munde verhindern muß, wenn man seine Zähne vor Hohlwerden schützen will. Das erreicht man sicher, wenn man sich an antiseptische (fäulnisfeindliche) Mundspülungen mit Odol gewöhnt. Wir möchten aber nicht mißverstanden werden. Wir wollen nicht etwa ein Universalmittel gegen Zahnschmerzen anpreisen; (Odol ist zur täglichen Reinhaltung und Pflege der Zähne bestimmt und kein Zahnschmerzmittel. Wir sagen nur, daß Zahnschmerzen in den allermeisten Fällen durch hohle Zähne hervorgerufen werden, und daß man das Hohlwerden der Zähne durch eine konsequente Mundpflege verhüten kann und vernünftiger Weise verhüten muß. Wichtig ist, daß die Mundpflege konsequent täglich und mit einer wirklich antiseptischen Flüssigkeit vorgenommen wird. Die vielfach übliche Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta allein ist ungenügend, da die gefährlichsten Fäulnisherde (Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten) dabei unbehelligt bleiben. Als unbedingt sicher antiseptisch wirkend hat sich Odol bewährt. Odol reinigt Mund und Zähne von allen die Zähne zerfressenden Stoffen und Fäulnisprodukten. Wer konsequent morgens, mittags und abends den Mund mit Odol spült, ist gegen Fäulnis- und Gärungsprozesse ein für allemal gefeit. Wir raten deshalb eindringlichst und mit gutem Gewissen allen, die ihren Mund und ihre Zähne intakt erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.

Neueröffnung

Dem verehrten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich Sonnabend, den 28. Juni, abends 6 Uhr in meinem Hause

Bochum, Rottstrasse 18

die „Uhu-Weinstuben" nach vollständiger Renovierung unter der jetzigen Bezeichnung

„Weinhaus Sievers"

neu eröffne und wieder in **eigene** Führung nehme. * * * * * * * * * * * * * * * *

Ich kann versichern, daß ich den an ein modernes und vornehmes Weinhaus zu stellenden Anforderungen in jeder Beziehung gerecht werde. Insbesondere bin ich in der Lage, meinen verehrten Gästen nur bestgepflegte Weine und Liköre aus **eigenen Kellereien** anzubieten. Für eine ausgezeichnete, speziell für ein Weinhaus in Frage kommende **Küche** ist ebenfalls gesorgt.

Für Sitzungen seitens Banken, Fabrik-, Bergwerks- und Industrie-Unternehmungen ist mein Haus besonders geeignet. Um gefl. Zuspruch bittet

Weinhaus Sievers, Bochum, Rottstr. 18.

Handwerkskammerbeiträge.

Die Heberolle über die auf die einzelnen Handwerksbetriebe umgelegten Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammer in Dortmund für das Rechnungsjahr 1924 liegt vom 28. Juni bis 11. Juli d. Js. während der Vormittagsdienststunden auf Zimmer 14, Schule an der Mühlenstraße, zur Einsicht der Beteiligten offen. Es werden erhoben 15 Goldpfennige für je 1000 Mark des für 1923 festgesetzten Gemeindegewerbesteuerbetrages.

Einsprüche gegen die Veranlagung sind bis zum 8. August 1924 beim Magistrat — Stadtsteueramt — anzubringen und zu begründen.

Bochum, den 21. Juni 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 wird hiermit bekannt gemacht, daß die

Neuverpachtung der Jagdnutzung in den drei Jagdbezirken der Gemeinde Querenburg im Wege der öffentlichen Ausbietung beabsichtigt wird. Den Zuschlag behält sich der Jagdvorsteher vor.

Die in Aussicht genommenen Pacht- und sonstigen Bedingungen liegen vom 1. Juli 1924 ab zwei Wochen lang auf der Gemeindeverwaltung Querenburg, Wilhelmstraße 31, werktäglich vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 3—½6 Uhr, zur Einsicht offen, ausgenommen Mittwoch und Samstag nachmittags.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pacht- usw. Bedingungen während der Auslegungsfrist bei dem Kreisausschuß in Bochum Einspruch erheben.

Querenburg, den 25. Juni 1924.

Der Jagdvorsteher.
Bahrenberg, Gemeindevorsteher.

Staatliche Grundvermögenssteuer.

Die Steuerwerte der Grundstücke sind nachgeprüft worden. Soweit das Ergebnis von der bisherigen Veranlagung abweicht, sind die Steuerschuldner schriftlich benachrichtigt worden. Die anderen Steuerschuldner haben die Steuer in der bisherigen Höhe bis zum 15. jeden Monats ohne besondere Aufforderung weiterzuzahlen. Auch sie können gegen das Ergebnis der Nachprüfung und die darauf gegründete neue Veranlagung binnen einem Monat, vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, Einspruch bei dem Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses einlegen. Die Zahlung der Steuer wird dadurch nicht aufgehalten. Für die Untersuchung der als unbegründet zurückgewiesenen Einsprüche wird eine besondere Gebühr erhoben werden.

Langendreer, den 18. Juni 1924.

Der Amtmann.
J. V.: Replaff.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 2. Juli 1924** vormittags 10 Uhr, werde ich in Bochum folgende Gegenstände:

20 Stücke Wild-Bache-Croupons, 160 Stücke halbe Sohlleder-Croupon, 2 Ballen Hälften, 21 Stücke Haut-Autodeckleder, 13 ganze Häute Wappen-Spalt, 5 Stücke Haut-Spalt 6 Ballen Chrom-Spalt, 24 halbe Spalte, 3 Pack naturbraunes Blankleder, sowie noch verschiedene Sorten Leder, ferner 2 Schreibtische mit Gessein, 2 Klubsessel, 1 Bücherschrank, 2 Stühle mit Ledersitz, 1 Flurgarderobe usw.

ferner:

2 Schreibmaschinen mit Tischchen (Mercedes u. Continental), 1 Vervielfältiger, 1 Regal, 4 Stühle, 239 Stücke Sohlleder-Croupon, 6 Ballen je 20 Stück: Sohlleder-Croupon, 10 Stücke Abfallleder.

öffentl. meistbietend gegen bar versteigern.

Sammelpunkt der Käufer: Wirtschaft Hahnefeld, Hermannshöhe 2.

Bochum, den 26. Juni 1924.

Jost
Obergerichtsvollzieher in Bochum, Gabelsbergerstr. 12.

Sämtliche
Schirm- u. Stock-Reparaturen
sowie
Neubeziehen und Modernisieren
der Schirme führt allerschnellstens und fachgerecht aus
Ph. Nimphius
Schirmfabrik mit elektr. Betrieb
Bochum, Bongardstraße 18
(neben der Tonhalle).

Was brauche ich für
Reise u. Wanderung?

	Bill.-Mk.
1 Dose Corned Beef 900 gr.	0,80
1 Dose Corned Beef 450 gr.	0,50
1 Dose amerik. Milch	0,20
1 Dose deutsche Milch	0,30
1 Erbswurst	0,20 und 0,30
1 Dose Würstchen 3 Paar	0,85
1 Dose Würstchen 5 Stück	1,30
1 Dose Würstchen 10 Paar	2.50
1 Dose Leberwurst 1 Pfd.	0,65
1 Dose Blutwurst 1 Pfd.	0,65
1 Dose Oel-Sardinen	0,40
1 Dose Oel-Sardinen groß	0,80

Sämtliche Waren sind prima Qualität und werden den Genuß der Wanderung erhöhen.

A. Barenberg, Bochum,
Rottstraße 8-10 Fernspr. 244.

BREMEN



AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung!
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
In Bochum:
Aug. Dörpinghaus,
Kaiserstraße 26.

Hausfrauen verlangt



Wanner Nährmittelfabrik
Wilhelm Wagener,
Wanne

Wir bringen

	Bill.
Sportwagen mit Polst.-Sitz und Gummirädern	von 17.00 an
Sportwagen mit Verdeck	von 35.00 an
Promenadenwagen	v. 55.00 an
Weidensessel	von 10.50 an
Peddigsessel	von 18.00 an
Roller mit Walzenlage	von 4.50 an

Zahlungserleichterung.

W. Ruelius
Einkaufshaus für sämtliche Korb- und Bürstenwaren
Bochum, Hattingerstrasse 50.

Für Wohnungssuchende

Interessenten für 4- und mehrräumige
Einfamilienhausbauten
mit Nebengelaß und Gärten, in solider Ausführung gesucht.

Herstellungswert von 12000.— Goldmark aufwärts je nach Größe.

Baukostenbeteiligung von 3000.— Goldmark an zahlbar in 3 Raten innerhalb 3 Monaten. Nähere Auskunft erteilt Montags, Mittwochs und Donnerstags in der Zeit von 10 bis 4 Uhr im

Städtischen Verwaltungsgebäude 3, Aufgang B., Zimmer 40

in der Malteserstraße die
Gemeinnützige Heimstätten
Akt. Ges. Bochum.

Wohnungstausch
Kray-Nord — Bochum.

Schöne abgeschl. Etage von 3 Zimmern mit Speisezimmer, Balkon in bestem Zustande gegen eine im Parterre oder I. Stock gelegene Wohnung von 3 Zimmern und einem Mädchenzimmer in Bochum gesucht. Umzug wird vergütet.

Angeb. unt. O. G. 43 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen für einen unserer Herren (Dr. Ing. u. Frau)
2 möbl. Zimmer
in Bochum oder Nähe Riemke. Schriftl. Angebote erbeten an die

„Ekof"
Erz- und Kohle-Flotation G. m. b. H., Bochum 5.

Welche christliche Familie würde einem älteren, alleinstehenden, gläubigen Beamten ein gemütliches
Zimmer
wenn möglich mit Pension zur Verfügung stellen? Angeb. erbeten unt. **F. S. 500** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Gut möbl. Zimmer
für einen unserer Beamten sofort gesucht
Gebr. Eickhoff Maschinenfabrik Bochum Allerstraße.

Bestens eingeführte
Vertreter
aus der Tabakbranche mit nachweisbarem Erfolg und guten Referenzen für den Platz Bochum und nähere Umgebung von leistungsfähiger Cigarrenfabrik für sofort gesucht.

Offerten unter H. W. 333 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Makulatur
zu verkaufen. **Märkischer Sprecher**

Nicht
1 Paket Seifenpulver
sondern
1 Paket Dixin
müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Waschwirkung und für jeden Waschzweck geeignet



Sol- u. Thermalbad „Wilhelmsquelle", Wanne-Eickel
5 Minuten vom Hauptbahnhof.
Haltestelle der Straßenbahn Bochum-Wanne.
Geöffnet an allen Wochentagen
Vormittags von 7—12 Uhr
Nachmittags „ 2—6 Uhr
Die Badeverwaltung.



W. Hoffmann
Bochum, Hattingerstr. 29.
Damen- Herren- Kinder-
Wäsche
Kurzwaren

Zentralheizungen.
Lieferung von Rohrleitungen.
Abwärmeverwertungs-Anlagen, Waschkauen
Albert Staubach,
Ingenieur,
Bochum, Agnesstraße 40.
Fernsprecher 669.

Reparaturen
an Maschinen jeder Art in Betrieb und Haus besorgt
sachgemäß und schnell
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Bochum
Wittenerstr. 18 Fernspr. 1737.

Freibank!
Verkauf von gekochtem Pferdefleisch am 28. Juni 1924 vorm. 7 Uhr an jedermann.
Schlachthofdirektion.

Mein Büro befindet sich jetzt wieder
Schillerstr. 24
Fernruf 705.
Justizrat Koechling
Rechtsanwalt und Notar.

Wohnungstausch.
2 Zimm.-Wohnung und 1 Mansarde im Mittelpunkt d. Stadt gegen gleiche od. 3—4 Zimm.-Wohnung zu tauschen gesucht. Gartenland erwünscht.
Off. u. U. N. 100 an die Geschäftsst. d. Z.

Stellen-Angebote

Tägl. bis 10 M. z. verdien. Näher. im Prospekt (m. Garantieschein), Jos. H. Schultz, Adressenverlag. Köln 206.

Jüngeres
Mädchen
für 3 mal wöchentlich sofort gesucht.
Steinstraße 11, part.

Ein fleißig., ehrl.
Mädchen
für alle Hausarbeit mit guten Zeugnissen gesucht.
Bergstr. 31 Erdgeschoß

Verkäufe

Ein neuer
Natur-Flachwagen
billig zu verkaufen. 40-50 Ctr. Tragkraft.
Bochum, Gernerstr. 84.

Elegantes, neues
Damen-Fahrrad
für 130 M. z. verk. Zu erfrag. in der Geschst. dies. Zeitung.

Gesunde
Futterkartoffeln
hat preisw. abzugeb.
A. Barenberg,
Lager Kreuzstr. 11.

Schröder & Baum
Linoleumbeläge neuester Art
nach altbewährtem System.

Bochum	Dortmund	Duisburg	Essen	Ruhrort
Fernspr. 352, 206	285, 286	357, 314	121, 122, 7231, 7232, 7233	6087, 6088

Die Weiße Woche im Hause der guten Qualitäten

ist in Bezug auf Qualitätswaren, Preise und Mengen unerreicht.

Große Neueingänge in allen Abteilungen zu den bekannt billigen Preisen

Im Besonderen ein Posten Tischwäsche mit kleinen Schönheitsfehlern. Hieraus einige Beispiele:

Serviette prima Damast, 60/60 cm . . . . . Stück **0.75**
Serviette prima Halbleinen, 60/60 cm . . . . Stück **1.00**
Serviette prima Reinleinen, 60/60 cm . . . . Stück **1.45**

Tischtuch prima Damast, 130/160 cm . . . . Stück **4.20**
Tischtuch prima Halbleinen, 130/160 cm . . . Stück **5.75**
Tischtuch prima Reinleinen, 130/160 cm . . . Stück **9.60**

Nur noch bis zum 3. Juli gewähren wir auf sämtliche Waren mit Ausnahme der bekanntgegebenen **10% Rabatt**

CLEMENS das Haus der guten Qualitäten
Bochum, Hochstrasse

Tonhalle!

Heute Freitag
beginnen wir mit den Aufführungen des amerikanischen Großfilms der Ufa

Der Ueberfall auf die Virginia-Post

ein Wild-West-Schauspiel in 6 Akten nach einer Novelle von Hagesheimer.

Regie: **Henry King.**

In der Hauptrolle:
Richard Barthelmes.

Die deutsche Uraufführung des Großfilms der Ufa „Der Ueberfall auf die Virginia-Post" fand am 18. Juni ds. Js. im Ufa-Palast statt. Das Berliner Tageblatt, eine der bedeutendsten Berliner Zeitungen schreibt unter anderm am 20. Juni: Man muß der Ufa dankbar sein, nicht nur dafür, daß sie uns diesen Film bescheert hat, sondern auch daß sie „Die tote Saison" mit ihm so wirksam belebt. Wir prophezeien dem Werk einen Riesenerfolg, da er dem oberflächlich Suchenden ebenso viel bringt, wie dem der echte erhabene Kunst wünscht.

Aufführungszeiten:
4¼ Uhr 6¼ Uhr 8¼ Uhr

Dazu:

Die einsame Insel

Ein Filmspiel in 5 Akten.

Herabgesetzte Eintrittspreise.

W. Raabes Urteil über Alexander Dumas: Ich lese Ihn
mit dem größten Behagen
Alle seine Werke: 23 Bde. à 4,50, Halbleinen einzeln zu haben
Buchhandlung Erich Siepmann
Friedrichstr. 26, Königstr. 20, Wittenerstr. 21

Jackenkleider u. Mäntel

werden bei erstklassiger Verarbeitung und tadellosem Sitz preiswert angefertigt.
B. Nagy, Damenschneider
früher Zuschneider der Firma Viefhaus
Bochum, Kronenstr. 6, 1. Etage.

Städtisches Orchester Bochum.

Heute, Freitag, den 27. Juni, abends 8 Uhr im Stadtpark bei günstiger Witterung

Richard Wagner-Abend.

Leitung: Konzertmeister **Hans Treichler.**
Eintrittspreis 0,80 Bill.-Mk.

Die Sättigung,

die Beseitigung des Hungergefühls, ist der unmittelbare Zweck der Nahrung. Der Sättigungswert einer Speise richtet sich danach, wie lange das Hungergefühl durch ihren Genuß beschwichtigt wird. Die heutige Armut gestattet weitesten Kreisen nur wohlfeile Nahrung. Als wohlfeil gilt aber irrigerweise nur eine Kost, die zwar den Magen füllt, aber nicht lange vorhält. Unabweisbar ist ihre Ergänzung durch eine konzentrierte Kraftkost von anhaltender Sättigungswirkung, wie sie in den Reichardt-Schokoladen dargeboten wird. Eine 100-Gramm-Tafel Reichardt-Schokolade enthält 156 Nährwerteinheiten, die gleiche Gewichtsmenge Fleisch (mittelfettes Ochsenfleisch) nur 119. Reichard-Schokolade ist zudem — im Gegensatz zu Fleisch — schon zu Friedenspreisen hier erhältlich. Wo man Reichardtkakao und Reichardtschokolade zu Vorkriegspreisen erhält, zeigen Plakate und Schilder mit dem bekannten Namenszuge an.

Garten-Restaurant
früher
Schulte-Marmelshagen
Bochum 5, Inh.: Christ. Diederichs, Tel. 2377

Angenehm. Aufenthaltsort u. schön. Spielplatz
Bestens für Familien, Schulen u. Vereinen geeignet
Bei Besuch von Schulen und Vereinen vorherige Anmeldung erbeten

---

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos
Flügel-Harmoniums
Liefer. dir. a. Private frei Haus einschl. Zoll. Auf Wunsch Ratenzahlung
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen (Westf.)
Filiale: Berlin Hardenbergstr. 14
NB. Wir führen in Sonderabteilung echte Grammophone mit Künstlerplatten.

Welt-Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Ab heute:

Der Fürst der Landstraße

Eine Mitternachtsgeschichte erzählt von Ada von Roon.

Die Landstraße ist der Schauplatz der Heimatlosen, die sie bevölkern, sind die Helden der Handlung. Ein Lord von Wohlstand und Reichtum, bis zum Ueberdruß verwöhnt, verfällt um so eine vorurteilsfreie, selbstlose Frau zu finden

Dazu:

Unter Blutschuld

Die Geschichte eines Verbrechens in 5 Akten und 1 Vorspiel.

Dazu:

Larry Simon und die Apachen

Eine tolle Groteske in 2 Akten.

„Ich litt seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem
Hautjucken.
Durch ein halbes Stück Zucker's Patent Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Polizei-Serg." Das Zuckoh-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Vollständig renoviert!
Restaurant
Müllers Bierstuben
(Musikfreies Lokal)
Hohe, luftige, kühle Räume in neuer Ausstattung.
Reichlicher, kräftiger Mittagstisch
Suppe, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln u. Dessert 1.00 Billion.
Besonders reichhalt. Abendkarte
Portionen von **0.60** Billion an.
½ Liter Bierausschank
zum Einheitspreis für sämtl. Biersorten
½ Liter 0,50 Billion-Mk.
Moderne Konferenz-, Klub- u. Versammlungsräume

Vereinigte
Stadttheater
Bochum-Duisburg.
Freitag, 27. Juni, 7½—10 B. 30.
Die Welt, in der man sich langweilt
Samstag, 28. Juni, 7½—10¼
Außer Vormiete
Das Rheingold

Stühleflechten
und sämtliche
Korb-Reparaturen
werden sauber und preiswert ausgeführt bei
H. Möllmann,
Mühlenstrasse 6.
Abholung und Zustellung frei Haus.

Sanatorium Dr. Hatkländer
für
Nervenkranke u. Erholungsbedürftige
Essen-Bredeney
Waldstrasse 40/42
Telefon 4562.

Musikhaus Marks



Grammophone * Platten
Moderne Hausmusik.
Friedrichstraße 13

Bochumer
Schlegel-Pilsner
Rein Malz und Hopfen
Ueberall beliebt.

Kunstgewerbl. Werkstätten
für
Gold- u. Silberschmuck
Neuanfertigung — Umarbeitungen
Reparaturen
Vergolden — Gravieren — Versilbern
Anerkannt sauberste Arbeit.
Paul Schrader Goldschmiedemeister.
Fernruf: 4016. A-B-C-Str. Ecke Humboldtstr. Seit 1891.

Nr. 80. Drittes Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag, 27. Juni 1924.

Die mündelsicheren Anlagen.

Die Stabilisierung der Währungsverhältnisse lenkt naturgemäß auch die Aufmerksamkeit darauf, in welcher Weise die festverzinslichen Werte und insbesondere die früher als mündelsicher geltenden Anlagen der öffentlich rechtlichen Unternehmungen behandelt werden sollen. In erster Linie kommen für diese in Frage: Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche Unternehmungen, die früher verpflichtet waren, ihre Gelder bezw. Reserven möglichst sicher, in vielen Fällen mündelsicher, anzulegen. Die Inflation im vorigen Jahre, welche die festverzinslichen Werte vollkommen entwertete, hat dazu geführt, behördlicherseits gewisse Aenderungsbestimmungen zu erlassen. So konnten beispielsweise die Versicherungsgesellschaften aufgrund einer Abänderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 19. Juli 1923 ihre Reserven auch in Aktien inländischer Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, in sicheren, kurzfristigen, möglichst durch Pfandbestellungen oder sonstigen dinglich gesicherten verbrieften Forderungen jeder Art gegen inländische kreditwürdige kaufmännische, industrielle und sonstige gewerbliche oder landwirtschaftliche Unternehmungen anlegen. Aehnliches hat man auch den Sparkassen zugestanden. Dieses Zugeständnis ist heute noch nicht wieder aufgehoben worden. Man wartet hier auf eine Bestimmung, welche, wie ehedem, erneut strenge Mündelsicherheit vorschreibt.

Die mündelsicheren Bestände der öffentlich-rechtlichen Unternehmungen waren nun, als die erwähnte Bestimmung vom Juli vorigen Jahres herauskam, schon dermaßen entwertet, die Aktien andererseits so hoch gestiegen, daß an eine Verstilberung der entwerteten Bestände tatsächlich wohl niemand gedacht haben wird, sodaß die meisten Institute ihre früheren hypothekarisch sichergestellten Papiere tatsächlich noch heute in der Hauptsache als Papier erhalten haben dürften. Inzwischen ist die bekannte Steuernotverordnung herausgekommen, welche (allerdings erst 1932) die Aufwertung der Hypotheken auf 15 Prozent ihres Goldwertes vorsieht. Natürlich trägt diese Aussicht auch nicht dazu bei, daß an eine Realisierung der Bestände gedacht und da ja neuerdings für eine weitere Aufwertung gesprochen und geschrieben wird, so kommt die ganze Frage überhaupt nicht recht in Fluß. Bei den alten Forderungen versucht man im Augenblick eine sogenannte Vereinigung des Grundbuchblattes. Neue Beleihungen erfolgen überhaupt erst, wenn das Grundbuchblatt in Ordnung gebracht ist, und in der Gewährung von Baugeldern dürfen die Institute überhaupt erst Beleihungen vornehmen, wenn das Haus fertig dasteht, ein Fall, der vorerst selten eingetreten ist, da ja die Bautätigkeit immer noch darniederliegt.

Was die sogenannten

wertbeständigen Anleihen

betrifft, von denen, wie bekannt, eine große Menge im vergangenen Jahre auch an den Börsen zugelassen worden sind, mag es sich nun um Roggenrenten, Kalianleihen, Braunkohlenwerte handeln, so ist hier streng zu beachten, in welchem Falle Mündelsicherheit ausgesprochen wurde. Sie gilt keineswegs für alle diese Anleihen, allerdings meist für solche, die seitens des Staates oder unter Garantie des Staates herausgebracht wurden. Der augenblickliche Zustand ist für die an sich notwendige Ordnung der ganzen Frage ein überaus unerfreulicher. Die Behörden zögern hier, zu festen Bestimmungen zu gelangen, was man ja auch daraus sieht, daß man noch nicht einmal die Bestimmung vom Juli vorigen Jahres aufgehoben hat, weil man noch nichts Neues an die Stelle zu setzen weiß. Die Institute zögern, da es ja nicht schlimmer kommen kann, als es schon heute der Fall ist, ihre Bestände zu realisieren, und diese Gleichgültigkeit einer so dringenden Frage gegenüber kann natürlich nicht dazu beitragen, von innen heraus eine Anregung dem Geld- oder Baumarkt zu geben.

Im übigen darf man annehmen, daß von der Erlaubnis, Aktien anzulegen, überhaupt kaum produktiver Gebrauch gemacht worden ist. Neue Gelder sind den Unternehmungen überhaupt nicht nennenswert zugeflossen und besonders kann von einer Spartätigkeit aus Kreisen des Publikums auch heute noch kaum die Rede sein. So ergibt sich in der ganzen Kette der Beziehungen ein Stillstand der ganzen Frage, die vorläufig nicht in Fluß kommen kann und deren Lösung heute tatsächlich kein Praktiker anzugeben weiß, bevor nicht eine allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch dieses Problem lösen hilft.

Schularztbericht über das Jahr 1923/24

Von Stadtmedizinalrat Dr. Wendenburg.

Die schulärztliche Ueberwachung der Volksschulkinder im verflossenen Schuljahre hatte recht verschiedene Ergebnisse, je nachdem die Schulen von den Ereignissen des Jahres weniger berührt geblieben oder von ihnen stärker in Mitleidenschaft gezogen waren. Die Beschlagnahme zahlreicher Schulen durch die Besatzung machte die Verlegung zahlreicher Schulsysteme in andere, unbesetzt gebliebene Schulgebäude notwendig und damit den Wechsel von Vor- und Nachmittagsunterricht. Die Folge davon war eine erst allmählich zu beseitigende Unregelmäßigkeit in der Abhaltung der schulärztlichen Sprechstunden, ferner Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der ärztlichen Sprechstunden durch die Schulschwestern und eine je länger je mehr zunehmende Interesselosigkeit der Eltern an der ärztlichen Ueberwachung ihrer Kinder. Ein anderes Ereignis, das die Ergebnisse der schulärztlichen Ueberwachung stark beeinträchtigte, und in Zukunft noch mehr als bisher beeinträchtigen wird, ist der Fortfall der ärztlichen Versorgung der Familien der Bergleute durch Einstellung der Familienversicherung seitens des Allgemeinen Knappschaftsvereins. Die Eltern scheuen sich vor den Kosten der Behandlung, die in manchen Fällen für Väter kinderreicher Familien auch unerschwinglich erscheint. In solchen Fällen hat dann mehr als einmal die Stadt geholfen, namentlich wenn ein öffentliches Interesse vorlag, der Ausbreitung einer festgestellten Krankheit entgegenzutreten.

Im übrigen wurde der Gesundheitszustand der Schulkinder im Vorjahre von zwei Faktoren maßgebend beeinflußt. Der eine, im ungünstigen Sinne wirkende, war die Inflation und die Schwierigkeiten der Beschaffung der lebensnotwendigen Gebrauchsgegenstände und Nahrungsmittel infolge des vollständigen Darniederliegens unseres gewohnten Transportwesens und die im Herbste einsetzende große Arbeitslosigkeit. Der andere, günstig wirkende, die Verschickung von fast der Hälfte aller Schulkinder aufs Land, in Erholungsheime und in Heilstätten. Diese Massenverpflanzung in ruhigere, bessere Verhältnisse förderte nicht nur die ausgesandten Kinder in ihrer Gesundheit, sondern kam auch den in der Heimat verbliebenen zugute. Die schulärztliche Fürsorge konnte sich der zurückgebliebenen kleineren Zahl nachdrücklicher widmen, als sie es der Gesamtzahl der Schüler hätte tun können.

Von Epidemien blieb die Schuljugend, wenn man von kleinen harmlosen und völlig lokal verlaufenen Fällen absieht, vollständig verschont. Die Sterblichkeit war mit 88 Todesfällen auf 21 800 Volksschulkinder = 4 pro Mille gering, denn unter den 88 verstorbenen Schulkindern befindet sich ja auch noch ein nicht näher zu ermittelnder Prozentsatz von Kindern höherer Schulen und auswärtiger Kinder. Außerdem nahm die Schulkindersterblichkeit im Verlaufe des Schuljahres von Vierteljahr zu Vierteljahr ab.

Der Nachmittagsunterricht scheint von der Gesamtheit der Kinder im Allgemeinen gut vertragen zu werden. Jedenfalls sind der Gesundheit nachteilige Folgen nicht beobachtet.

Die körperliche Entwicklung und der Ernährungszustand wird von einzelnen Schulärzten als gut und ungestört bezeichnet. Dies bezieht sich jedoch nur auf gewisse Außenbezirke. Alle übrigen sind weniger zufrieden, sie stellen zwar die wohltätigen Folgen der Massenentsendungen aufs Land, aber auch den betrüblichen Umstand, daß gegen Ende des Schuljahres die gewonnene Erholung meist wieder verloren war. Beachtenswert ist dabei, daß die Schulärzte den Erfolg eines mehrmonatlichen Landaufenthaltes weit höher einschätzen, als den der Unterbringung in Erholungsheimen. Sie empfehlen deshalb bei Kindern, die keiner besonderen ärztlichen Ueberwachung bedürfen, die Unterbringung auf dem Lande.

Ueber die Sonderergebnisse der ärztlichen Sprechstundentätigkeit in den Schulen sei kurz folgendes mitgeteilt:

Die Zahl der Fernanfänger, welche aus gesundheitlichen Gründen von der Aufnahme in die Schule zurückgestellt werden mußte, betrug durchschnittlich 4—5 Proz., ist also nicht hoch, zumal die größte Zahl der Zurückgestellten das 6. Lebensjahr noch nicht erreicht hatte.

Von den 14 Schulärzten wurden 374 Schulsprechstunden abgehalten, in denen 838 Kinder untersucht wurden. Bei 6566 Kindern wurden Krankheiten festgestellt, also etwa bei einem Drittel aller Schulkinder. Von den mit Krankheiten behaftet gefundenen litten 1672 Kinder an Ungeziefer und sonstigen Hautkrankheiten. Diese zeigen trotz der Neuzufuhr durch den Landaufenthalt eine starke Abnahme. Rund 1000 Kinder hatten Erscheinungen von Blutarmut, 750 Zeichen von Skrofulose. Die Zahl der ernsten Krankheiten war dagegen verhältnismäßig gering. Es wurden nur 329 Kinder mit Tuberkulose, 150 Kinder mit Herzfehlern vorgestellt und 448 litten an Ohrenerkrankungen, die wegen der Gefahr der Beeinträchtigung des Hörvermögens für den Schulbetrieb besonders beachtenswert sind.

Die im Vorjahre zuerst beobachtete Haarerkrankung Mikrosporie oder Trichophytia parvimaculata, auch kleinfleckige Krankheit genannt, ist nicht ausgestorben, hat es aber nur auf 6 Fälle gebracht. Aufpassen und Vorbeugen ist eben das beste Mittel gegen Krankheiten.

Allgemein wird auf den guten und gegen früher gebesserten Zustand der Zähne hingewiesen. Die Arbeit unserer Schulzahnklinik, die seit 1921 im Betriebe ist, war also nicht vergeblich. Sie hatte bis zum Schlusse des Berichtsjahres 10846 Kinder behandelt, also rund die Hälfte aller Schulkinder. Im Jahre 1923 suchten etwa 2400 Kinder die Schulzahnklinik zur Behandlung auf.

Damit sind wir zu den heilenden Faktoren in der Schulgesundheitspflege gekommen, die sich ja eigentlich ihrem Zweck und Charakter nach nur mit der Verhütung der Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten unter der Schuljugend zu befassen hat, also vorbeugender Art ist. Die Hauptarbeit der Heilung von Krankheiten der Schuljugend fällt allerdings nach wie vor dem Elternhause und dem Hausarzte zu. Der Schularzt und die Schulschwester können dabei nur anregend wirken. An diesem Verhältnis darf auch nichts geändert werden, weil eine Heilung von Krankheiten der Schulkinder ohne interessierte Mitwirkung des Elternhauses einfach eine Unmöglichkeit ist. Das haben die Erfahrungen der letzten 10 Jahre mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Der Unterernährung bei zahlreichen Kindern wurde schließlich durch die großzügige Organisation der Deutsch-amerikanischen Kinderspeisung (Quäker) zu begegnen versucht, an der am Schlusse des Berichtsjahres rund 6000 Kinder teilnahmen, das ist fast ein Drittel aller Schulkinder.

Wünschenswert wäre, wenn die Badeanstalten unserer Schulen, die infolge verschiedener Umstände lange der Benutzung durch die Schulkinder entzogen waren, wieder in regelmäßigen Betrieb kämen und wenn auch die Zahl unserer Badeanstalten vermehrt werden könnte. Gar zu wenig Kinder können baden gehen und nur einzelne schwimmen. Das ist ein großer Uebelstand; denn mehr als alle Spezialfürsorge nützt eine allgemeine Erziehung zur Reinlichkeit und Ertüchtigung durch Stählung des Körpers der Kinder durch Licht, Luft und Wasser.

Der hervorragenden Leistungen unserer Fürsorgeschwestern als Schulschwestern wird auch in den diesjährigen Schularztberichten wieder lobend gedacht. Leider mußte ihre Zahl infolge des Abbaues von 15 auf 9 vermindert werden. Der Abbau vollzog sich ohne Härten, weil die ausscheidenden Schwestern sämtlich im Hafen der Ehe landeten.

Neues aus aller Welt.

Ein Zugführer als Eisenbahnräuber. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß ein Zugführer umfangreicher D-Zugberaubungen, bei denen ihm große Mengen Uhren usw. in die Hände fielen, überführt wurde. Nunmehr wurde der Beamte, der inzwischen von seinem Amte suspendiert worden war, am Frankfurter Hauptgüterbahnhof bei einem Lagereinbruch überrascht und festgenommen.

Aufgehobene Fremdensteuer. In Kreuznach hob die Stadtverordneten-Versammlung die Fremdensteuer auf.

Vor den Augen der Mutter getötet. Das dreijährige Söhnchen eines hiesigen Einwohners wurde von einem D-Zuge überfahren. Das Kind folgte der Mutter unbemerkt auf dem Wege zur Stadt. Hierbei geriet es an einem Bahnübergang auf die Schienen, wo es vom Zuge erfaßt, schrecklich verstümmelt und auf der Stelle getötet wurde.

Tod durch die Hochspannungsleitung. Bei Ankuhlen einer Hochspannungsleitung auf der Grube Wachtberg kamen die Arbeiter Peter Berkele und der 19jährige Nikolaus Kölsch von Kerpen ums Leben. Berkele war verheiratet und Vater von 6 Kindern.

Blutiger Zusammenstoß. Einer Meldung der „Roten Fahne" aus Breslau zufolge wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Rechtsradikaler und Kommunisten in Biskupitz der Kommunist Pigan durch mehrere Dolchstöße so schwer verwundet, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Ein weiterer Kommunist wurde schwer verletzt.

Verhängnisvolle Autofahrt. 2 Tote, 2 Schwerverletzte. Wie die Frankfurter „Volksstimme" meldet, überfuhr in Kaichen, Kreis Friedberg, das Auto des Fabrikanten Siebert in Hanau die Frau des Arbeiters Dauth, das dreijährige Kind des Maurers Kalbhenn und die Witwe Moschorr. Die beiden ersten blieben tot auf dem Platze, während Frau Moschorr schwer verletzt wurde. Der Chauffeur, der ausweichen wollte, geriet mit seinem Wagen in den Straßengraben und wurde schwer verletzt; die drei Insassen wurden leichter verletzt.

Explosion auf einem englischen Dampfer. Durch die Explosion an Bord des britischen Transportdampfers „Egremont Castle" im Hafen von Brooklyn, bei der 200 000 Gallonen gasförmige Naphtha in die Luft flogen, wurden fünf Mann der Besatzung getötet und acht weitere schwer verletzt. Da weitere Explosionen befürchtet wurden, ging der Dampfer in East River vor Anker, wo er bald darauf sank.

Unruhen in Kartum. Wie die „Times" aus Kartum berichtet, haben antibritische Kundgebungen in Omdurman und Kartum eine gewisse Erregung verursacht. Verschiedene Personen sind verhaftet worden. Die Behörden sind Herren der Lage.

Altershilfe in England. Das Unterhaus hat einen vom Schatzkanzler Snowden eingebrachten Antrag angenommen, durch den Erleichterungen für Personen über 70 Jahre bei Erlangen von Altenspensionen gewährt werden. Die Ausgaben hierfür sollen in diesem Jahre 4, und später 7 Millionen Pfund Sterling betragen pro Jahr. Das Gesetz wird 250 000 alten Leuten zugute kommen.

Ausstand von 40 000 Textilarbeitern. Aus Newyork wird gemeldet: 40 000 Arbeiter der Textilfabriken haben den Ausstand beschlossen.

2 Todesopfer der Explosionskatastrophe in Leiter. Die schwere Explosionskatastrophe in Leiter bei Hannover, bei welcher 4 Kisten mit Schwarzpulver explodierten, hat bereits 2 Todesopfer gefordert. 2 der schwerverletzten Kinder sind ihren Verletzungen erlegen. Es besteht die Hoffnung, die übrigen Verletzten am Leben zu erhalten. Die Herkunft des Sprengstoffes ist noch völlig ungeklärt. Man bringt sie im Zusammenhang mit einem kürzlich in der Pulverfabrik Schwarmstedt verübten großen Pulverdiebstahl. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Durch den Geliebten ermordet. Aus Berlin wird gemeldet: In Siemensstadt wurde eine 50 Jahre alte unverehelichte weibliche Person mit einer Stichwunde in der Brust tot aufgefunden. Als Täter wurde ein Schlosser ergriffen, der mit der Ermordeten zusammen lebte.

Der amerikanische Petroleumskandal. In dem Anti-Trustprozeß, den die Regierung gestern vor dem Bundesgerichtshof anhängig gemacht hat, sind 50 große Petroleumgesellschaften verwickelt.

Ein Vereins-Veteran.

Von Heinrich Kröger.

Eine festliche Veranstaltung, wie sie in Bochums Mauern in dieser Art noch nicht begangen sein dürfte, findet in den Tagen vom 5.—7. Juli in den Räumen des Parkhauses statt. Der M.-G.-V. Liedertafel Schubertbund, der älteste Gesangverein Bochums, wenn nicht der älteste Verein unserer Stadt überhaupt, feiert seinen 75. Geburtstag.

Der Verein ist allen älteren Eingesessenen in bester Erinnerung, bestritt er doch jahrzehntelang den musikalischen und gesanglichen Teil lokalpatriotischer u. vaterländischer Veranstaltungen. Die Entwicklung Bochums zur Großstadt hat ihn nach und nach in den Hintergrund gedrängt. Der Männergesang wuchs und wandelte in andere Bahnen. Wettstreite und Konzerte nahmen zu Zeiten oft überhand. Dieser Richtung hat sich der Verein, der den Gesang der Zelter'schen „Liedertafel" pflegte, d. h. der künstlerischen Gestaltung des Gesanges im engeren geselligen Kreise (im Gegensatz zum Männerchor, der das Volkslied propagierte und durch Nägeli begründet wurde) nicht angeschlossen. Umsomehr betonte er die Pflege der Geselligkeit und der Freundschaft, Kulturgüter, die durch die materialistische Einstellung des neueren Zeitalters stark verblaßten. Theater, Konzerte, Kino und Sport traten in den Vordergrund und beherrschten die Unterhaltung weiter Kreise. Das Bedürfnis nach innerer Sammlung, nach Frohsinn, Gemütlichkeit und Geselligkeit schien abhanden gekommen. Aus einem Volke der Dichter und Denker war ein solches mit stark individuellem Einschlag geworden, das die Glückseligkeit in der Befriedigung materieller Güter suchte. Erst nach dem Kriege finden wir wieder Ansätze einer ideelleren Richtung. Man hat anscheinend eingesehen, daß der Mensch nicht von Brot allein lebt, sondern daß auch geistige Kost nötig ist, um das Gleichgewicht des Menschen herzustellen. Der Ruf nach Häuslichkeit, nach Geselligkeit im kleineren Kreise, nach der Pflege des Guten und Schönen ist wieder laut geworden.

Die Entwicklung Bochums tritt dem Beschauer deutlich vor die Augen, wenn er neben der Stadtgeschichte die Archive der Vereinigungen studiert, die dem Alltag der Vergangenheit ihr Gepräge gegeben haben. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als das Landstädtchen Bochum kaum 15 000 Einwohner zählte, bestanden Verhältnisse, die von den heutigen grundverschieden waren. Geht in der Großstadt der Einzelne unter, so wächst er in der Kleinstadt. Man kennt sich allerorten, weiß über die Familienverhältnisse Bescheid, mit anderen Worten: „man kuckt sich gegenseitig in den Kochtopf". So war es auch in Bochum. Das Allgemeininteresse war auch zentralisierter, man strebte nicht auseinander. Fritz Kortebusch und seine Vorgänger wissen darüber ein Lied zu singen. Die gemeinsame „Bö de" (Viehweide) kennzeichnet auch einen wirtschaftlichen und sozialen Zustand, der uns heute fremd geworden ist. Es ist deshalb begreiflich, daß der Geist der Bürgerschaft ein anderer war und sein mußte. Beschaulich lebte man dahin. War das Tagewerk vollbracht, so ging der „Pohlbürger" nach Eysenk, nach Dahms, Fiege oder Rietkötter. Der Sonntag führte Jung und Alt in die nächste Umgebung. Der Rechener Busch, Marmelshagen (Schulte), Düppe in der Wanne und Weitmar/Stiepel waren Zielpunkte. Wo heute Kortumstraße, Kaiser Wilhelmstraße und das sogenannte „Stadtparkviertel" sich dem Auge zeigen, waren blühende Gärten mit waldigem Hinterland zu finden. Der Weg nach Grumme war noch recht romantisch, ebenso nach Hofstede mit seinen herrlichen Buchenbeständen. Und wer kannte nicht die Führer der Gemeinde? Wenn Turnerschaft und Feuerwehr, letztere unter ihrem wackeren Hauptmann Mummenhoff, zum Schützenhof zogen und Rektor Thiel mit seiner „Liedertafel" das Konzert gab, dann war ganz Bochum versammelt. Nicht einmal die Säuglinge fehlten. Für unseren heutigen Geschmack waren derartige Veranstaltungen nicht zugeschnitten, man dachte und fühlte eben anders und lebte sozusagen in einer anderen Welt.

Nach dem Kriege von 1870 änderte sich nach und nach das Bild. Aus der Kleinstadt, die Landwirtschaft betrieb, die das Gerberei- und Brauereigewerbe ausübte, die in der Hausindustrie hauptsächlich Kaffeemühlen herstellte, wurde die Stadt der Kohle und des Eisens. Zwar wurzelte das Alte noch einige Zeit, aber es versank doch allmählich, um dem stampfenden Schritt des technischen Zeitalters auszuweichen. Andere Menschen erschienen und nur noch vereinzelte „Originale" erinnerten an vergangene Zeiten. Es war die Epoche der Lutz und Decken, der Depper und Täpper. Lutz der Vagabund, Decken der Geizkragen, Depper der Hans in allen Gassen und Wilm Täpper der „Dichter" gaben der Stadt Stoff zur Unterhaltung. Max Seippel, der die Chronik der Stadt bearbeitete — er war ebenso wie Wilhelm Mummenhoff lange Jahre Vorsitzender der Liedertafel — gab sich Mühe, das Charakteristische des alten Bochums festzuhalten, und mancher Leser wird heute in die Zeit zurückversetzt, wenn er diesen Namen liest. Er wird zurückdenken an den alten Markt mit seinem alten Rathaus (und seinem „Vater Ratz") und der alten Schule neben der Propsteikirche, an die alten Gasthäuser und engen Straßen, an den Weilenbrink, an den Dudel und Katzenhagen, und den Graben; lebhaft wird sich ihm wieder ein Bild des alten Bochums entrollen.

Die Pflege des Alten und das Streben nach Neuem muß Aufgabe einer Gemeinschaft sein. In diesem Geiste betätigte sich die Liedertafel. Art und Sitte in treuer Ueberlieferung zu hüten, das Gute und Schöne zu pflegen, dem dichterischen Weitblick in der Kunst zu folgen, und auf diese Weise den alten Wein in neue Schläuche zu gießen, waren Zweck und Ziel seines Wirkens. Das 75jährige Fest des Bestehens soll nun in einem größeren Ausmaße begangen werden. Altes und Neues sollen sich in den Darbietungen die Hand reichen. Nach einem feierlichen Festakt am Samstag, 5. Juli, an dem die Vertreter der Behörden und Korporationen teilnehmen werden — auch der Oberpräsident von Westfalen hat für den Fall der Einreise-Erlaubnis sein Erscheinen in Aussicht gestellt — wird am Sonntag, 6. Juli d. J., ein größeres Konzert stattfinden, wozu größere Vorbereitungen betroffen worden sind. Ein Familienkränzchen wird am Montag die Feierlichkeiten beschließen. Um eine große Beteiligung der Bürgerschaft zu ermöglichen, sind Teilnehmer von auswärts nur beschränkt zugelassen. —

Möge das Fest ein Markstein in der Geschichte Bochums werden!

Kunst und Wissen.

Der Amerikanismus in Literatur und Kultur war das Thema, über das am vergangenen Mittwoch unser bester deutscher „Amerikanist" Friedrich Schönemann im Vortragsraum der Ruhrlandbuchhandlung sprach. Schönemann ist einer der besonnensten und berufensten Beurteiler der Neuen Welt, die wir haben. Er nimmt etwa eine Mittelstellung ein zwischen Leuten vom Schlage Dessauers, der mit seinen „Auslandsrätseln" so manchem guten unpolitischen Deutschen den Kopf noch mehr verdreht hat, und von Amerikakennern wie Scheffauer, der mit seinen impulsiven übertriebenen Angriffen gegen „das Land Gottes" so manchen Amerikaner und Amerikafreund vor den Kopf gestoßen hat. Er schwelgt nicht wie Dessauer in kindlicher Bewunderung für die „entzückende Naivität" der Yankees, noch fertigt er sie wie Scheffauer als „unreife Knaben" ab. Mit einer intimen Sachkenntnis und einer fein zergliedernden Psychologie verficht er seine These, daß auch diese junge Nation ihre Kultur und ihre Geistigkeit hat. Eine Nation, die Autoren von Weltruf wie Cooper, Poe, Emerson hervorgebracht hat, ist eben nicht kulturlos. Wer sich über diese Dinge speziell informieren will, der lese Schönemanns knappe, aber inhaltschwere Broschüre „Amerikakunde" (Bremen, Angelsachsen-Verlag.) Ein Volk, das die Kunst der „Propaganda", der „Massenbeeinflussung" so bis ins einzelne durchgebildet hat, ist geistig leistungsfähig. Darüber belehrt uns Schönemanns letztes, in der Deutschen Verlags-Anstalt erschienenes Werk. Unsere Unkenntnis der amerikanischen Psyche haben wir im Kriege schwer gebüßt und wir leiden immer noch darunter, und so manchen amerikanischen Götzen made in Germany zu zertrümmern, das ist die Mission Schönemanns, der alles Amerikanische so vorsichtig, kühl und klar beurteilt. Zu bedauern ist nur, daß so viele sich die Gelegenheit entgehen ließen, einen Redner zu hören, der in einer Stunde uns mehr über Amerika zu sagen weiß, als irgendein Schreiber langatmiger, nichtssagender, oberflächlicher „Reisebriefe", dem in den Hörsälen der größten amerikanischen Universität und auf so vielen deutschen Kongressen Hunderte zu Füßen gesessen haben, den eines unserer bedeutendsten Verlagsunternehmen beauftragt hat, das amerikanische Gegenstück zu Dibelius' bekannten, monumentalen Englandbuch zu schreiben. Besonderer Dank gebührt dem opferwilligen, wagemutigen Inhaber der Ruhrlandbuchhandlung, dessen Bemühungen um die Förderung kultureller Interessen in Bochum wahrlich mehr Unterstützung verdient als bisher.

Dr. K. A.

Handel / Industrie / Verkehr.

Essener Credit-Anstalt Bochum
Wilhelmstraße 20 Fernspr. 4070—4074.

Amtliche Berliner Devisen-Kurse.
(In Billionen Mark.)

Für drahtl. Auszahl		Zuteil.	26. Juni Geld	26. Juni Brief	25. Juni Geld	25. Juni Brief	Münzpari.
Holland	Guld.	100%	157.51	158.59	156.96	157.74	1.75
Belgien	Frank	100%	19.35	19.45	19.15	19.25	0.81
Norwegen	Kron.	100%	55.56	56.48	56.66	56.94	1.125
Dänemark	„	100%	69.62	69.98	70.92	71.28	1.125
Schweden	„	100%	110.97	111.53	111.12	111.68	1.125
Italien	Lire	100%	18.18	18.25	18.10	18.20	0.81
England	Pfund	100%	18.135	18.225	18.105	18.195	20.43
Amerika	Doll.	100%	4.19	4.21	4.19	4.21	4.20
Frankreich	Frank	100%	22.31	22.43	21.99	22.11	0.81
Schweiz	„	100%	74.06	74.44	74.16	74.54	0.81
Spanien	Pes.	100%	56.26	56.54	55.86	56.14	0.80
Dtsch.-Oest	Kron.	100%	5.92	5.94	5.91	5.93	.8508
Tsch.-Slow.	„	100%	12.370	12.430	12.395	12.445	.8506
Ungarn	„	100%	5.09	5.11	4.99	5.01	.8506

Bei den Devisenkursen kommen in betracht für New-York und London eine Einheit, für Amsterdam, Brüssel, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Italien, Paris, Schweiz, Spanien, Prag 100 Einheiten, für Wien und Budapest 100 000 Einheiten

Die Kreditkrise.

Der Rat, den der Reichsbankpräsident Dr. W. Schacht der deutschen Wirtschaft gab, sich durch Abstoßung der Warenvorräte Bargeld zu verschaffen, ist verteufelt einfach. Es ist unangenehm, daß der Rat vernünftig und ausführbar ist. Allein er hätte einige Monate früher gegeben werden und von einer Kreditpolitik der Reichsbank begleitet sein müssen, die biegsam und anpassungsfähig war. Tatsache ist doch, daß die Reichsbank nach Befestigung der Mark reichlich Kredite gewährte, wobei die Verwendung eine nebensächliche Rolle spielte. Ob es sich um die Einfuhr von Südfrüchten und anderen entbehrlichen Genußmitteln handelte, oder ob es der hochwichtige landwirtschaftliche und industrielle Betriebskredit war, darüber hat sich die Reichsbank damals nicht den Kopf zerbrochen. Erst als alle verfügungsbereiten Summen hinausgegeben waren, zog die Reichsbank die Schraube an, ohne Rücksicht darauf, daß nun die Wirtschaft zum Teil und unverdientermaßen notleidend werden mußte. Der verschärften Kreditpolitik der Reichsbank ist vielfach zugestimmt worden. Sie hat aber auch ebenso scharfe Gegner gefunden, die mit Gründen aufwarten, die nicht mit einer Handbewegung unter den Tisch gefegt werden können. Zunächst einmal, wenn schon Warenlager vorhanden sind, wo soll ihr glatter und sicherer Absatz möglich sein? Gerade weil die dringende Aufforderung, die Warenlager abzubauen, um Geld zu beschaffen, von amtlicher Seite gegeben worden ist, besteht die Gefahr, daß auf weiteren Abbau gewartet wird. Der Schluß liegt doch nahe, daß, wenn schon der Preisabbau beginnen soll, sich dieses beschleunigen läßt, sofern die Käufer noch einige Zeit streiken. Kommt es dann tatsächlich zu einer Verschleuderung, so ist der volkswirtschaftliche Schaden unzweifelhaft größer, als es auf der anderen Seite der Gewinn ist, der dadurch entsteht, daß die Wirtschaft einiges Kapital hereinbekommen hat. Es darf nicht übersehen werden, daß das Warenangebot erzwungen ist, daß es sich also nicht um den natürlichen Kreislauf der Wirtschaft handelt. Die Krise wäre dann nicht überwunden, sondern würde erst recht beginnen. Sind die Warenlager mit Verlust abgestoßen, so muß doch unbedingt der Erneuerungsprozeß eintreten, der dann zunächst durch unzulängliches Betriebskapital behindert ist. Weiter kommt in Betracht, daß der Markt nach der außerordentlichen Uebersättigung infolge der Verschleuderung der Waren nur noch wenig aufnahmefähig sein wird. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wir uns offenbar wieder vor einer Ankurbelung der Lohnschraube befinden. Trifft das zu, so wird das die Krise nicht lösen, sondern nur verschärfen. Erfahrungsgemäß wächst die Kaufkraft der Massen nicht mit der Steigerung der Löhne. Es wäre beschleunigter wirtschaftlicher Selbstmord, die Mittel für die Lohnerhöhung aus der Verschleuderung der Warenbestände zu gewinnen, da dann erst recht das Betriebskapital für die Erneuerung fehlen würde. Weiter kommt in Betracht, daß der Weg, durch die Abstoßung der Warenbestände Betriebsmittel zu beschaffen, nur langsam zum Ziel führen kann. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir nicht nur eine Kreditkrise haben, sondern auch eine Geldzeichennot. Der Verkehr ist nicht entfernt so stark mit Geldzeichen gesättigt, als das für den Warenumschlag und alle Bedürfnisse des Lebens notwendig ist. Wenn heute drei oder vier Milliarden Goldmark den gesamten inneren Verkehr in Fluß halten sollen, so darf nicht als Vergleich auf die sechs Milliarden Goldmark der Vorkriegszeit verwiesen werden. Weder der Giroverkehr noch der Scheck- und Wechselverkehr sind heute so weit ausgebaut, daß sie den größten Teil der Zahlungen bewältigen. Die Kreditkrise würde weniger scharf und empfindlich sein, wenn die Höhe der Umlaufsmittel sich den tatsächlichen Bedürfnissen des Verkehrs anpaßte. Die Gefahr einer neuen Inflation ist damit noch nicht gegeben. W. W.

Die Aufwertung von Industrie-Obligationen.

Die unter dem Namen „Industrieobligationen" zusammengefaßten Schuldverschreibungen von Unternehmen des Handels, der Industrie, der Schiffahrt und des Gewerbes unterliegen, sofern sie noch nicht eingelöst waren, nach der Dritten Steuernotverordnung einer Aufwertung von grundsätzlich 15 Prozent des ehemaligen Goldwertes. Dem Obligationsschuldner steht es aber frei, bis zum 31. Dezember 1924 eine Herabsetzung des Prozentsatzes der Aufwertung zu beantragen, wenn die Herabsetzung mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit nachweisbar erscheint. Ein weiterer Schutz des Obligationsschuldners besteht darin, daß die Rückzahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden kann.

Bei Hypotheken wird für die Aufwertung der Tag ihres Erwerbes durch den Gläubiger zugrunde gelegt. Diese Regelung ist für Obligationen nicht übernommen worden. Die Obligationen werden vielmehr auf 15 Prozent ihres bei der Begebung durch den Obligationsschuldner vorhanden gewesenen Goldmarkwertes aufgewertet. Dieses Umrechnungsverfahren wird zweifellos, wie Dr. jur. Heinz Merzleben (Bremen) in der Deutschen Steuerzeitung ausführt, vielfach zu unbilligen Ergebnissen führen. Denn die Eigentümer vom im letzten Stadium der Inflation erworbenen Obligationen, die als industrielle Schuldverschreibungen durchweg für wenige Goldpfennige gehandelt wurden, werden dadurch bedeutend besser gestellt, als die seit längerer Zeit bereits im Besitze der Obligationen befindlichen Gläubiger. Es ist zu wünschen, daß für diese Fälle die Durchführungsbestimmungen noch einen angemessenen Ausgleich schaffen werden.

Eine Ausnahme von dem Grundsatz des Ausschlusses auf Aufwertung bei bereits zurückgezahlten Obligationen gilt, sofern Schuldverschreibungen, die in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis zum Erlaß der Dritten Steuernotverordnung gekündigt worden sind, nur unter Vorbehalt des Gläubigers eingelöst worden sind. Der Vorbehalt bewirkt, daß trotz der Rückzahlung des Nennbetrages in Papiermark dem letzten Obligationsgläubiger der Anspruch auf 15 Prozent Aufwertung und Zinsen unter Berücksichtigung des Wertes des bereits ausgezahlten Einlösungsbetrages erhalten bleibt.

Der deutsche Außenhandel.

Wie die Blätter mitteilen, weist die vom Statistischen Reichsamt vorgelegte Statistik über den deutschen Außenhandel, die allerdings kaum mehr als eine Statistik des Außenhandels des unbesetzten deutschen Gebietes ist, ein Passiv-Saldo von 350 Millionen Mark für Mai auf. Die Einfuhr betrug 870 185 000, die Ausfuhr 516 217 000 Goldmark. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren haben. Diese Steigerung ist allerdings bei der Einfuhr größer als bei der Ausfuhr. Auch hat sich die Einfuhr von Fertigwaren weiter erhöht.

eca. **Die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse** schließt für die Zeit vom 11. bis 20. Juni in Einnahmen und Ausgaben mit einem Fehlbetrag von 1 661 746 G.-M. ab. Die Einzahlungen beliefen sich auf insgesamt 180 974 108 G.-M., die Ausgaben auf 182 635 945 G.-M. Von den Ausgaben entfallen auf die allgemeine Reichsverwaltung 87 295 039 G.-M., auf die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden 75 118 177 G.-M. und auf den Rückkauf von Goldschatzanleihescheinen zum Zwecke der Kursstützung 20 222 580 G.-M. Die Ausgaben weisen eine Steigerung von 16,2 auf 22,2 Millionen im Tagesdurchschnitt auf. Die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung waren im Tagesdurchschnitt mit 0,9 Millionen G.-M. geringer als in der Vordekade. Das gesamte Aufkommen an Steuern und Zöllen für Mai betrug rund 518,7 Millionen G.-M., während die an den drei Mai-Uebersichten nachweisenden Ablieferungen rund 449,5 Millionen G.-M. ausmachten.

Zollerhöhungen anstatt Einfuhrverbot. Wie mehrere Blätter melden, hat das Reichswirtschaftsministerium die Politik der Einfuhrverbote durch zollpolitische Maßnahmen ersetzt. Das Ministerium hat dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, der zur Anpassung an die sehr veränderte Situation des Weltmarktes und zur Errichtung eines Ersatzes für die aufzuhebenden Einfuhrverbote teilweise ziemlich erhebliche Zollerhöhungen vorsieht. Der Ausschuß faßte zu dem Entwurf einen Beschluß, in welchem unter Anlehnung der Gesetzesvorlage der Grundgedanke als richtig anerkannt wird, durch Schaffung eines Instrumentes für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen die Voraussetzung einer Beseitigung der Einfuhrverbote zu schaffen. Der Reichswirtschaftsrat empfiehlt daher die rechtzeitige Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes für vorübergehende Zollerleichterungen, dessen Geltungsdauer Ende des Monats abläuft, auf eine ausreichende Dauer. — Wie die Blätter wissen wollen, beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium, auf dem ihm vom Ausschuß gewiesenen Wege vorzugehen und die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes beim Reichsrat zu beantragen.

* **Gewerkschaft Elsaß, Bochum.** Die Gewerkschaft wurde neu in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausbeutung von Eisenerzgruben. Generaldirektor Gehres, der Leiter des Lothringen-Konzerns, ist Repräsentant.

* **Anthrazitgrube Carl Friedrich, A.-G. für Bergbau und verwandte Industrien, Bochum.** Die Gesellschaft fordert zum Bezuge auf die durch Generalversammlungsbeschluß vom 20. Juni 1924 neugeschaffenen Aktien, in der Zeit vom 23. Juni bis einschließlich 7. Juli auf. Auf eine alte kann eine neue Aktie von nom. 1000 Mark zum Betrage von 15 Bill. Mk. bezogen werden.

* **Gaskokssyndikat A.-G. in Köln.** Im Geschäftsbericht für 1923 heißt es u. a.: „Der allgemeine Niedergang des Wirtschaftslebens zeitigte auch für die Gaswerke außerordentliche Schwierigkeiten. Zwar konnte dem Kohlenmangel durch Bezug ausländischer, hauptsächlich englischer Kohle, abgeholfen werden, aber die Beschaffungskosten waren so hoch, daß trotz der durch Vermittlung der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke A.-G. gegebenen Reichsbankkredite die Verkokung ausländischer Kohle ein Notbehelf blieb. Der Gaskoksmarkt war während des ganzen Berichtsjahres außerordentlich starken Schwankungen ausgesetzt."

* **Lauchhammer—Rheinmetall A.-G. in Berlin.** Unter diesem Namen wurde mit 500 000 Gm. Kapital eine neue A.-G. ins Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Eisen- und Blechkonstruktionen und Maschinen für Hütten, Bergwerke, Oefen, Werften, desgl. von Oefen und sonstigen industriellen Anlagen aller Art, sowie der Betrieb von allen sonstigen Geschäften, welche nach dem Ermessen des Aufsichtsrates mit den vorgenannten Zwecken in Verbindung stehen oder zu bringen sind. Das Grundkapital zerfällt in 50 Inhaber-Aktien über je 1000 Mark, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Die Gründer, unter ihnen die Linke-Hofmann-Lauchhammer-A.-G. und die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. haben sämtliche Aktien übernommen. Zum Vorstand wurden die Direktoren Paul Pieper-Riesa, H. Koppenberg-Riesa und Friedrich Luther-Düsseldorf bestellt.

* **Orenstein u. Koppel A.-G. in Berlin.** Die o. H.-V. genehmigte einstimmig den vorgelegten Jahresbericht und erteilte Aufsichtsrat und Direktion Entlastung. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Nach Mitteilung des Vorstandes ist der Wiederaufbau der ausländischen Unternehmungen, soweit es die Gesetzgebung in den betreffenden Ländern zuläßt, in Angriff genommen worden. Zum Teil wurden die beschlagnahmten Werte von den betreffenden Regierungen zurückgekauft. Die Gesellschaft habe keinerlei Bankschulden, wohl aber bedeutende Bankguthaben, namentlich bei ausländischen Banken. Die Goldmarkbilanz, die demnächst vorgelegt werden soll, werde den berechtigten Ansprüchen der Aktionäre bezüglich des wahren Goldwertes ihres Besitzes entsprechen.

* **Blohm u. Voß, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien in Hamburg.** Die persönlich haftenden Gesellschafter erklären sich bereit, bis zum 24. Juni 1924 die Vorzugsaktien mit 25 Prozent des Nominalbetrages in bar anzukaufen. Diejenigen Vorzugsaktionäre, die von diesem Ankaufsangebot keinen Gebrauch machen wollen, werden auf 300 Mk. Vorzugsaktien nom. 1000 Mk. neue 5½-prozentige Goldobligationen, rückzahlbar zu 110 Prozent, der Blohm u. Voß, K. G. a. A. gewährt. Die Umwandlung der Obligationen kann jedoch nur stattfinden, wenn sich 75 Prozent der Vorzugsaktionäre für einen der beiden Vorschläge entscheiden.

* **Vulkanwerft, Hamburg und Stettin, A.-G.** Die Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluß. Der Ueberschuß wird auf neue Rechnung vorgetragen. Zum Rückerwerb der in der ordentlichen Generalversammlung vom 11. Mai 1920 geschaffenen Vorzugsaktien im Nennbetrage von 5 Millionen Mark wird der Aufsichtsrat ermächtigt, den Rückerwerb aus dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahres nach eigenem Ermessen vorzunehmen.

Börsenbericht.

* **Berlin**, 26. Juni. Die Aufwärtsbewegung der Kriegsanleihen zieht immer weitere Kreise und nahm heute die Aufmerksamkeit der gesamten Börse in Anspruch. Sie gründet sich bekanntlich auf Aufwertungshoffnungen in Verbindung mit dem diesbezüglichen deutschnationalen Antrag im Reichstag. Ebenfalls strömte die Mehrzahl der Börsenbesucher zu diesem Markt hin. Es entwickelte sich bei starken Schwankungen ein recht geräuschvolles Geschäft. Der Kurs erreichte vorübergehend 292, um sich dann bei Schwankungen auf ca. 275 zu halten. Die Steigerung griff auch auf andere deutsche Renten über, so auf Schutzgebietspapiere und alte Reichsanleihen sowie auf alte preußische Konsols, die sich ansehnlich höher stellten. Für ausländische Rentenpapiere ist spekulatives Interesse gleichfalls stärker erwacht, sodaß für türkische, österreichische und ungarische Anleihen teilweise ansehnliche Höherwertungen eintreten konnten. Für ausländische Dividendenpapiere, wie Kanada, Baltimore sowie Schantung ist das Interesse bei wenig verändertem Kursstand etwas zurückgetreten. Im Gegensatz zu dem lebhaften Treiben stand die Geschäftsstille auf den übrigen Märkten. Die festere Grundstimmung konnte sich behaupten und im weiteren Verlauf noch etwas nachdrücklicher durchsetzen, sodaß eine allgemeine mäßige Erhöhung des Kursstandes und eine solche bis zu 3 Billionen Prozent für einige Montan- und Industriepapiere eintreten konnte. Am Geld- und Devisenmarkt sind Veränderungen von Bedeutung nicht eingetreten.

* **Berlin**, 26. Juni. (Produktenbericht.) Das Inlandsangebot für Getreide hat heute wesentlich nachgelassen, sodaß sich eine leichte Preisbesserung durchsetzen konnte. Die feste Haltung kam besonders Roggen zugute, der besonders für Mitteldeutschland gegenüber anderer Gegenden bei etwas höheren Preisen verstärkt gesucht war. Interesse bestand auch für Ware aus neuer Ernte, die für Lieferung in der zweiten Hälfte des August oder in der ersten Hälfte des September bereits mehrfach gehandelt worden ist. Weizen lag bei kleinen Umsätzen etwas höher, in Roggenmehl ist der Absatz verhältnismäßig befriedigend, in Weizenmehl aber vollkommen stockend.. Für Gerste, Hafer und Futtermittel zeigte sich wenig Kaufneigung, vereinzelt etwas für spätere Lieferung.

Viehmarkt.

* **Dortmund**, 25. Juni. (Zuchtviehmarkt.) Auftrieb: 679 Stück Großvieh, 265 Schweine, 19 Kälber, 1 Schaf, 1 Ziege. Der Handel auf dem Großviehmarkt war langsam. Preise für Kühe erster Qualität 375—425, zweiter Qualität 300—375, dritter Qualität 225—300, vierter Qualität 150—225, fünfter Qualität 80—150 Bill. Mark. Beste Tiere wurden bis zu 200 Bill. Mark höher bezahlt. Rinder kosteten erste Sorte 230—280, zweite Sorte 180—230, dritte Sorte 130—180, vierte Sorte 100—130, fünfte Sorte 70—100 Bill. Mark. Am Schweinemarkt verlief das Geschäft sehr langsam. Es kosteten im Engros-Handel Ferkel im Alter von 6—8 Wochen 12—20, von 8 bis 10 Wochen 20—26, von 10—12 Wochen 26—40 Bill. Mark.

Dresdner Bank Humboldtstraße 10.
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.
Annahme von wertbeständigen Depositen-Einlagen zu zeitgemäßen Zinssätzen.

Berliner Börsen-Kurse vom 26. Juni 1924.

Berlin, 26. Juni 1924.

	26.	25.
Bankaktien	in Bill. %	
Barmer Bankv.	1.3	1.3
Berl. Handelsg.	22.7	21.7
Com.u. Privatb.	0.0	3.7
Darmst. Bank	7.8	6.4
Deutsche Bank	8.8	8.2
Disconto-Ges.	8.8	8.2
Dresdner Bank	5.0	4.6
Ess. Cred. Anst.	1.8	1.6
Reichsbank	34.5	29.5
Brauereiaktien		
Boch. Viktoria	6.0	6.0
Dortm. Aktien	14.1	14.0
Dortm. Union	21.9	22.0
Glückauf-Gels.	12.7	12.0
MüserLangend.	17.6	17.1
Schleg. Scharp.	10.9	10.0
Schultheiss-Pa.	16.2	15.7
Wicküler-Küpp	00.0	00.0
Schiffahrtsaktien		
Dtsch.-Austr. D.	22.0	20.6
Dtsch.-Ostafr. G	2.4	2.3
Hamb. Am. Pak.	21.9	21.1
Hamb.-Südam.	30.5	30.8
Hansa-Dampfs.	9.0	8.7
Kosmos	16.0	16.0
Nordd. Lloyd	4.6	4.3
Industrieaktien		
Aachener Led.	2.6	2.6
Aachener Spin.	0.4	0.4
Adlerwerke	1.3	1.3
A.-G. f. Anilin	9.7	9.4
Alexand.-Werk	1.5	1.6
Allg. Elekt. Ges.	7.0	6.6
Ammendorf. Pa	2.7	2.7
Anglo Guano	9.0	9.0
Anhalter Kohle	15.8	16.0
Annener Guss	6.5	6.5
Augsb.-Nürnb.	18.2	18.0
Bad. Anilin.	12.8	12.5
Balcke Masch.	3.4	3.3
Baroper Walz.	26.0	26.0
Basalt-A.-G.	7.8	7.2
Bedburg. Woll.	7.0	7.0
BembergBmw.	10.1	9.7
Berg CarlEvek	00.0	00.0
Bergm. Elektr.	10.2	9.9
Berl.-Anh.-Ma	4.5	4.3
Bing. Nürnberg	1.6	1.6

	26.	25.
Boch. Gußstahl	46.5	44.5
Böddingh., Rei.	1.0	1.2
Böhler & Co.	22.0	22.5
Bösperde Walz.	3.2	3.2
Braunk. u. Brik.	16.0	16.0
Braunsch. Kohl.	16.2	17.0
Bremer Vulkan	38.5	39.5
Buderus Eisen	8.2	7.6
Busch Lüdensch	2.5	2.6
Busch Waggon	6.0	5.6
Caro	10.0	9.7
Chem. Griesh.	10.5	9.8
Chm. F. Buckau	56.0	56.0
„ „Heyden	2.2	7.0
Chem. Weiler	9.8	10.0
Chem. Ind. Gels.	59.0	54.0
Concordia Bg.	00.0	00.0
Cons. Schalke	00.0	0.0
Daimler Mot.	2.2	2.1
Delmenh. Linol.	8.7	8.5
Dessauer Gas	22.0	22.0
Dtsch.-Atl. Tel.	9.0	8.7
Dtsch. Kabel	0.8	0.8
„ Spiegelglas	10.7	11.
D.-Lux. Bergw.	46.0	44.2
Deutsche Erdöl	36.6	36.3
Deutsche Kali	28.0	26.5
Deutsch. Masch.	4.2	3.7
D. Schachtbau	37.0	37.0
Dresd. Gardin.	2.2	2.1
Dürkopp	7.5	7.5
Dynamit Nobel	5.4	5.3
Eintr. Braunk.	35.0	34.5
Elberf. Farben	10.5	10.1
Elektr. L. u. K.	7.2	7.0
Eschweil. Berg.	65.0	66.0
Essener Steink.	54.0	53.7
Faber Bleistift	8.2	7.6
Fahlb. List & Co.	2.8	2.7
Feldmühle Pap.	8.7	2.5
Flender Brück.	2.9	2.7
Flensb. Schiffsb.	17.5	17.5
Gaggen. Eisen	6.1	5.5
Gans Lud.	0.425	0.5
Gels. Bergw.	48.5	47.7
Gels. Gußstahl	9.2	9.2
Gerresh. Glash.	33.0	32.0
Gladb. Woll.-I.	11.5	11.4
Gladb. Textil.	1.9	2.0
Glas Schalke	70.0	70.0
Goldschmidt	10.0	9.5
Gothaer Wagg	1.3	1.2

	26.	25.
Görlitz. Wagg.	2.5	2.5
Hacketh. Draht	1.2	1.2
Hannov. Masch.	41.5	41.5
„ Wagg.	4.5	4.1
Harburg. Eisen	6.2	5.4
Harkort Bergw.	4.1	4.2
Harp. Bergw.	53.0	51.9
Hartmann Mech	2.7	2.7
Hasp. Eis. u. St.	00.0	00.0
Heckmann C.	32.2	35.0
Hemm. Portl.-C	32.1	31.6
Hilpert Masch.	3.4	3.0
Hirsch Kupfer	17.7	17.0
Hohenlohe	16.3	16.0
Howaldswerke	11.6	11.5
Höchst. Farben	9.8	9.7
Hösch Stahlw.	29.5	29.0
Humb. Masch.	12.0	12.0
Ilse Bergbau	11.7	11.0
Junghans Gebr.	6.0	5.0
Kahla Porz.	5.5	5.5
Kali. Aschersl.	7.2	7.2
Klöckner-	36.6	37.7
Köln Neuessen	30.1	29.2
Köln Rottweil.	5.4	5.2
Körting Gebr.	4.8	4.6
Küppersbusch	28.0	27.5
Lahmeyer &Co.	6.4	5.8
Laurahütte	4.8	4.8
Lothr. Portl.-C.	2.2	3.0
Lüdensch. Met.	1.5	1.4
Magd. Bergw.	45.0	47.0
Mannesmann	27.5	26.8
MansfeldBergb	2.5	2.5
Mannesm. Mul.	11.5	11.5
MarkPortl.Cem.	00.0	00.0
Masch. Baum	16.0	17.5
Masch. Buckau	3.7	3.7
Masch. Kappel	9.0	7.7
Meyer Herm. T.	0.0	3.4
Meyer Kauffm.	0.0	0.6
Meyer Dr.	0.6	0.0
Motoren Deutz	14.5	15.7
Mülh. Bergw.	48.0	49.5
National Auto.	2.0	2.1
Neckarwerke	3.5	3.2
NeptunSchiffsw	1.6	1.6
Niederlaus. Khl.	26.0	26.2
Nordd. Cell.	00.0	00.0
„ Wollkäm.	30.2	30.2
Oberschl. Bed.	10.2	10.6
Oberschl. Koks.	36.8	34.2

	26.	25.
OeckingStahlw.	23.0	23.5
Orenst. Koppel	11.9	11.2
Phönix Bergw.	26.0	24.8
Phönix Braunk.	14.9	13.1
Poege Herm.	1.1	1.1
Reisholz Papier	8.0	7.7
Rh. Braunkohle	27.2	26.6
Rh. Stahlwerke	27.2	22.5
Rh.-West. Kalk.	23.0	26.0
Rh.-W. Metallw	0.0	0.0
Riebeck Mont.	35.5	35.1
Romb. Hütte	10.7	10.5
Rosenthal, Porz	22.0	28.0
Rositzer Braunk	15.0	14.0
Rositzer Zucker	20.5	21.5
Rütgerswerke	8.8	8.6
Sachsenwerk	1.2	1.2
Sächs. Kartonf.	2.0	2.0
Salzdetfurth	11.5	11.6
Sarotti Schok.	0.925	0.9
Scheidemandel	15.7	15.6
Schuckert Co.	30.7	27.6
Schweim. Eisen	52.0	51.0
Seebeck	8.5	8.2
SiemensHalske	41.2	39.8
Stettin. Vulkan	12.2	12.0
Stöhr Kammg.	55.7	55.5
Stoewer Nähm.	7.5	7.7
Stollberg. Zinkh	28.0	26.5
Thale Eisen	0.0	0.0
Thoerls Oel	4.8	4.7
Tuchf. Aachen	3.2	3.2
Ver. Dtsch. Nick.	13.0	12.1
V. Glanzst. Elbf.	43.5	42.5
Vogtländ. Masch.	1.5	1.5
Vorwohl. Ptl.-C.	13.0	13.9
Wanderer Fahr.	6.3	6.5
Warstein Grub.	7.7	7.5
Westd. Jute-Sp.	00.0	00.0
Westereg. Alkal.	10.5	10.5
Westfalia Dinn.	3.3	3.3
Westf. Drahtw.	10.5	10.
Westf. Kupfer	0.0	3.0
Weyersberg	00.0	00.0
Wicking Zem.	14.0	14.5
Wickrath Led.	00.0	00.0
Witt. Gußstahl	16.5	16.0
Wolf R.	4.1	3.8
Zeitzer Eiseng.	28.2	26.5
Zellstoff Waldh.	8.25	6.8
Zwickau. Masch	1.0	1.0

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Ges
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3577 — — nur für Devisen 2983—2986
Telegramm-Adresse: Hanseatic.

Essen, den 26. Juni 1924.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenkuxe
(Kuxe in Billionen Mk. Aktien in Billionen %.)

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Admiral	1300	1450	Gr. Schw.	—	—
Alt. Haas.	400	575	Heinrich	2000	2500
Caroline	700	950	Joh. Deim	—	—
Car. Mag	2300	3000	Kö. Ludw.	15500	16500
Const. Gr.	13000	17000	Langenb.	5250	5750
Deutschl.	—	—	Moers	—	—
Diergar.	2250	3000	Schür. Ch	—	—
Ewald	16500	19500	ver. Trap.	625	725
Glückaufs.	1500	2200	Trier	3000	—
Goltess.	400	1000	Westfal.	2750	3250
Graf Bis.	25000	30000	Wilh. Mev	3000	—
Kohlenaktien					
Adl. Kohl.	5.00	6.50	Gelsk. B.	00.00	00.00
Blankenb	2.00	3.00	Harp. Bw.	00.00	00.00
Carl Fr.	0.85	0.97	Westf. B.	3.50	4.50
Lothr. B.	37.00	40.00	Magdb. B	00.00	00.00
Niedrh. B.	4.50	5.00			
Braunkohlenkuxe					
Bellerh.	500	550	Oscarse.	300	—
Bruckd. N	2000	—	Vesta	2000	3000
Gut. Hoff.	1200	1800	**Aktien**		
Leonhar.	—	5000	Zukunft	25.0	27.0
Michel	3500	5250	Mansf. B.	2.00	2.60
Kalikuxe					
Alexandh	2500	—	Heringen	—	900
Alicenhal	100	175	Hildasgl.	250	350
Asse	850	1100	Hindenb.	1800	2500
Beienrod.	1000	—	Hüpstedt	700	900
Bergmse.	2500	3500	Johannas	700	900
Burbach	3300	—	Kaiserod.	4250	6000
Carlsfun.	800	1200	Marie	10	15
Carlshall	—	500	Marie-Lu.	10	15
Desdem.	1000	1400	Max	10	15
Einigke.	470	540	Meimers	50	—
Ellers	—	—	Neustaß.	—	3500
Erichseg.	750	1000	Oberhof	—	—
Felsenfe.	750	950	Ransb.	—	—
Friedrro.	425	525	Reinhard	—	—
Fürstenb.	700	1000	Rothenb.	140	160
Gebra	1000	1200	S. Weim.	1400	1600
Glücka. S.	4000	5500	Salzmün.	800	—
Grsh. WE	—	—	Siegfr. I	400	500
Günthers.	650	800	Siegfr. G.	1800	2500
Habighor	200	—	Thüring.	250	450
Hans. Sil.	—	—	Volkenr.	1125	1350
Heiligro.	2500	3250	Walbeck	1000	1300
Heimbol.	175	300	Wilhelmh	1900	2300
Herfa	500	—	Wintersh.	14000	—
Kali-Aktien					
Adler Kali	9.0	10.0	Krügershall	2.50	3.00
Hallesche Kali	8.25	9.0	Niedersachsen	3.00	3.60
Hannover Kali	9.0	10.0	Ronnenberg	50 00	00.00
Heldburg Vorz	31.0	35.0	Salzdethfurt	11.00	13.00
Friedrichshall	15.0	00.0	Ummend. Eisl.	0.50	0.60
Kali-Industrie	22.00	26.0	Wittekind	1.25	2.00
Unnotierte Werte					
Gebr. Alsberg	0.00	0.00	Köln-Neuessen	29.00	32.00
Allg. Hochbau	0.00	0.00	Langsch. Walz	0.00	4.00
Benz	1.50	2.00	Uerding. Wagg.	3.50	4.00
Chem. Weltmar	0.00	0.00	Rhein. Auto	0.00	0.00
Dahlbusch	27.00	29.00	Rhein. Linoleum	00.00	00.00
DeutscheLuxta.	0.00	0.00	Rh.-W. Elektr.	30.00	32.00
Dortm. Cement	0.00	0.00	„ „Schachtb.	0.80	1.10
Dortm. Ritterbr.	9.50	11.00	Schiffsw. Koch	0.00	0.00
Dortm. Vulkan	0.00	0.00	Julius Sichel	3.50	4.50
HalbachMasch.	0.00	0.00	Stahlw. Becker	1.70	2.00
Hammersen Sp.	7.50	9.00	Steink. Becker	4.00	4.50
Hansa Lloyd	0.50	0.60	Tiag alte	0.00	0.00
Kabelw. Rheydt	3.75	4.50	Wibag	0.70	0.90
Kö.-Lind. Metall	0.00	0.00			